



**MBR Berlin und
MBT Sachsen**

Mobile Beratung für Demokratieentwicklung

Grundlagen

Analysen

Beispiele

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) und Mobiles Beratungsteam des Kulturbüro Sachsen (MBT Sachsen):
 „Mobile Beratung für Demokratieentwicklung – Grundlagen – Analysen – Beispiele“.



Impressum:

© 2004
 Zentrum Demokratische Kultur
 Chausseestr. 29, 10115 Berlin
 Tel.: (030) 240 45 –320,
 Fax: (030) 240 45 –309
 info@zdk-berlin.de; www.zdk-berlin.de

Redaktion: Lorenz Korgel
 Satz und Layout: BerlinerBotschaft.de
 Druck:
 Im Selbstverlag erschienen

Gefördert durch CIVITAS

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Herausgebers unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Rechtsextremismus und Antisemitismus im Alltag – unvollständige Schlaglichter aus Berlin und Sachsen	4
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – ein Konzept zur Unterstützung demokratischer Kultur	7
Fallskripte	21
• Bürgermeisterkonferenz	21
• „Courage leben gegen Rassismus!“ – Ein unternehmerischer Impuls für zivilgesellschaftliches Handeln	22
• Beispiel rechtsextreme Veranstaltungen	23
• Schulöffnung in einem Berliner Bezirk	24
• Beispiel Jugendarbeit	25
• Alternatives Jugend- und Kulturzentrum Sächsische Schweiz	26
Trennung von Mitläufern und Kadern in Einrichtungen der Jugendarbeit – Möglichkeiten und Grenzen von Hausordnungen	27
• Muster-Benutzungsordnung für Jugendzentren	27
• Hausordnung eines Jugendclubs in Sachsen	28
Checkliste für Bündnisgründungen	32
Von der Privatperson zum politischen Akteur – Zehn Schritte in die demokratische Zivilgesellschaft	35
Auswahl an empfehlenswerten Materialien und Projektübersichten	37
Empfehlenswerte Literatur zu Rechtsextremismus	38
Adressen Mobiler Beratungsteams in Ostdeutschland	39

Rechtsextremismus und Antisemitismus im Alltag – unvollständige Schlaglichter aus Berlin und Sachsen

Von Markus Kemper und Timm Köhler

In einer Diskussionsrunde mit Vertretern von Schulen, Kirchen, Feuerwehr, Sportverein, Karnevalsverein und Fußballverein fiel die Antwort auf die Frage: „Wie stellt sich Ihnen das Problem Rechtsextremismus dar?“ mager und enttäuschend aus. Das MBT als Moderator war optimistisch davon ausgegangen, dass vielfältige Antworten dazu kommen würden, gab es doch auch in dieser Stadt eine rechtsextreme Kameradschaft, private und öffentliche Treffpunkte und Symbole an den Jacken, Aufkleber mit rechtsextremen Inhalten an Straßenlaternen und Verkehrsschildern. Woran lag es, dass nur ein geringer Teil davon sprach, „rechte Jugendliche“ im Stadtbild beobachtet zu haben, in seinem Verein einige wenige zu kennen, die mit den Rechten sympathisieren? Angst, ein Problem zu benennen, von dem man denkt, dass die anderen es in ihren Reihen nicht haben? Oder ist es die Unterschiedlichkeit in der Vorstellung, was Rechtsextremismus ist? Wir denken, dass beides eine Rolle gespielt haben mag. Rechtsextremismus, so unsere Vermutung, wird oftmals in Verbindung mit Gewalt und Straftaten gebracht, weniger in der Form einer Meinungsäußerung oder Ideologie gesehen. Sollten die Befragten diese Auffassung von Rechtsextremismus haben, so liegt es nahe, dass die Antwort negativ ausfällt.

Was aber macht Rechtsextremismus aus? Welche Erscheinungsformen gibt es? Lassen sich Unterschiede zwischen Stadt und Land ausmachen? Im Folgenden möchten wir einige Beispiele geben, die mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus zu tun haben:

Kleidung und Symbolik

Sachsen: Zur (Wieder-)Eröffnung eines Jugendclubs in einem feierlichen Rahmen mit Anwesenheit der örtlichen Polizei, des Bürgermeisters, des stellv. Landrats und weiterer Vertreter aus Kommunal- und Kreisverwaltung trugen ca. 15 Jugendliche Polohemden mit Thorshammer, Skrewdriver und Bündchen in den Farben der Reichskriegsflagge. Einer hatte ein T-Shirt (sie würden wohl eher T-Hemd sagen) an mit der Aufschrift Europa-Tournee von 1939–1945 und einem entsprechenden Bild. Das Verbot der Kleidung mit rechtsextremer Symbolik durch den Sozialarbeiter hatten sie für diesen Nachmittag ignoriert. Niemand schien etwas zu bemerken. Diese Annahme bestätigte sich nach Rückfragen später auch. Der Bürgermeister

sprach in seiner Rede von Toleranz, Mitmenschlichkeit, Achtung der Menschenwürde, die im Club gelebt werden sollten. Das Bekenntnis zum Neuanfang, zu demokratischer Jugendarbeit war vorhanden, aber die inhaltliche Ausgestaltung war eher unklar. Die Jugendlichen widmeten sich wieder ihrer Arbeit – dem Girlandeflechten – im Garten des Clubs, dazu wurde die Musik der rechtsextremistischen Bands „Landser“ und „Skrewdriver“ gehört. Die anderen Besucher besichtigten die Räume, unterhielten sich und feierten.

Berlin: Junge Berliner besetzen ein Haus, zumindest kurzzeitig und symbolisch. Sie hängen Transparente auf, posieren verumumt auf dem Dach. Das Ganze ist gedacht als Teil einer Kampagne, bei der Jüngere auf „Techniken der Hausbesetzung“ vorbereitet werden sollen. Ein bekanntes Bild? Nein, diesmal handelt es sich nicht um linke Gruppierungen oder soziokulturelle Initiativen, die heute einen wichtigen Beitrag zu Berlins Zivilgesellschaft leisten. Hier ist die rechtsextreme Kameradschaft Tor am Werk, eine der aktivsten Kameradschaftsstrukturen in Berlin. Ihre Kleidung, ganz ähnlich wie „Antifas“, aber auch Slogans wie „Nationale Zentren erkämpfen!“ haben äußerlich kaum noch etwas mit der dumpfen rechtsextremen Propaganda der 90er Jahre zu tun. Rechtsextreme passen sich mehr und mehr ihrem urbanen Umfeld an, finden Eingang in Subkulturen wie Sprayer oder HipHopper, deuten ehemals linke Parolen um. Glatzen, Bomberjacke und Springerstiefel wird man bei dieser neuen Generation von Rechtsextremen nicht finden. Doch viele Berliner und Berlinerinnen nehmen Rechtsextreme nur dann wahr, wenn sie diese klassischen Skinhead-Insignien tragen. Manche Gesprächspartner meinen daher: „Rechtsextremismus spielt keine bedeutende Rolle mehr.“

Musik mit rechtsextremistischen Inhalten

Zu einem Schulprojekttag, der im benachbarten Jugendclub stattfindet, bringen zwei Schülerinnen eine Musik-Kassette mit, die sie im Club kurz anspielen. Die Sozialarbeiterin des Clubs erkennt die Musik: „Landser“ und „Zillertaler Türkenjäger“ und verbietet sie. Sie beschlagnahmt die Kassette und nimmt Kontakt zum Schulleiter auf. Dieser ist überrascht, er kann es nicht glauben, ist erschrocken und bittet um Mithilfe. An seiner Schule habe er bisher keine rechtsextremen Erscheinungen festgestellt.

Grundlagen

Rechtsextremismus und

Antisemitismus im Alltag

Rechtsextreme Dominanz, Gewalt und „Angst-Räume“

Eine junge Frau erzählt, dass sie geschlagen und getreten worden sei, weil sie die „falschen“ Freunde habe. „Falsch“ sind die Freunde deshalb, weil sie mit der rechten Clique des Ortes nichts zu tun haben wollen. Eine Anzeige wollte die Frau nicht machen, da die Eltern keinen Ärger im Dorf möchten und weil diese Angst um ihre Tochter haben.

Ein Jugendlicher wird Zeuge eines rechtsextremen Überfalls auf einen Aussiedler. Er holt Hilfe und sagt vor Gericht aus. In den kommenden Monaten und Jahren wird er selbst zur Zielscheibe von Rechtsextremen – von Bedrohung bis zu körperlicher Gewalt. Eine rechtsextreme Gruppe ist in seiner Wohngegend erst präsent, dann dominant. Letztlich kann er nicht einmal mehr zur Videothek oder zu der Kaufhalle gehen, ohne die Gefahr eines weiteren Zusammentreffens mit Rechtsextremen. Dies alles geschieht in einem Kiez, in dem sich die Bewohner und Bewohnerinnen sicher fühlen, ein Kiez, auf den sie stolz sind. Sie nehmen nicht wahr, was diesem Jugendlichen ihres Kiezes täglich widerfährt.

Die „Mitte der Gesellschaft“ – Meinungen und Anschauungen:

„Wenn das mit den Ausländern so weitergeht, sind wir bald in der Minderheit – und das in unserem eigenen Land.“

„Die Jugoslawen treten herrisch auf und belästigen unsere deutschen Frauen. Die machen die Nacht zum Tage, schmeißen den Müll überall hin. Die sind sozialer Sprengstoff.“

„Hitler hat auch Gutes getan, wenn ich an den Bau der Autobahnen denke und die geringe Arbeitslosigkeit. Anders als heute!“

„Das mit den Juden ist so eine Sache. Das stimmt schon, dass die sich bei uns Deutschen bereichern wollen. Ich sehe nicht ein, dass ich Geld dafür zahle, was damals passiert ist.“

„Die Juden und die Amerikaner machen da gemeinsame Sache. Was die an Firmen haben, und andere gehen leer aus. Das ist unser Unglück.“

„Nach der ganzen Erfahrung mit dem Holocaust sollten sich Juden in Israel eigentlich ganz anders benehmen.“

„Einmal muss Schluss sein. Nach 50 Jahren muss endlich mal Gras über die Nazisache gewachsen sein. Ich kann das nicht mehr hören!“

„Na ja, dass die den ‚Asylanten‘ zusammengeschlagen haben, dass war nicht o. k., aber irgendwie verstehen kann ich es doch. Was soll die Jugend denn machen? Sie hat doch keine Perspektiven!?“

Rechtsextreme Graffiti

Eine ältere Bürgerin engagiert sich in ihrem Berliner Kiez gegen Übergriffe auf nicht-rechte Jugendliche. Nach kurzer Zeit findet sie ihren Namen an eine Wand gesprüht, mit dem Zusatz „we will smash you“ (Wir werden dich erschlagen). Daneben finden sich rassistische und antisemitische Graffiti wie „race war 2003“ (Rassenkrieg 2003), „fight jews“ (Bekämpft Juden), unterzeichnet mit dem Kürzel einer rechtsextremen Organisation.

An einem Jugendclub, der von rechtsextrem orientierten und nicht-rechten Jugendlichen frequentiert wird, finden sich eines morgens antisemitische und rechtsextreme Graffiti. Der Leiter der Einrichtung teilt den Besuchern und Besucherinnen mit, dass der Jugendclub so lange geschlossen bleibt, bis die Graffiti beseitigt werden.

Rechtsextreme Organisationen:

Der „Verein zur germanischen Brauchtumpflege Schwarze Sonne Meißen e.V.“, der von einem ehemaligen NPD-Mitglied geleitet wird, bietet neben der Pflege germanischen Brauchtums, Hausaufgabenhilfe für Kinder und Jugendliche und Kinderbetreuung an. Unter dem Deckmantel der Brauchtumpflege sowie des Heimat- und Naturschutzes werden Kinder und Jugendliche an rechtsextremistisches Gedankengut herangeführt. Einige der Veranstaltungen dieser rechtsextremen Organisation werden gar von Familien besucht.

Infrastruktur

An einem zentralen Platz eines Berliner Neubaugebiets existiert seit Jahren ein Laden, in dem Kleidung und Musik verkauft wird, Kunden sind Hooligans und rechtsextrem Orientierte. Nun eröffnete in unmittelbarer Nähe die Kneipe „Germanenhof“, die mit bunten Plakaten für ihr Angebot wirbt – ein Internetcafé, Kinderveranstaltungen, Nachtbar und Seniorentanz. Die Eröffnung feiern u. a. auch zahlreiche Rechtsextreme mit. Im zentralen Einkaufszentrum am Platz verkauft ein Laden Kleidung der Marke „Thor Steinar“, die unverhohlen mit Runen und teilweise schwarz-weiß-roter Ästhetik auftritt. Der Verkäufer sieht sich selbst als alles andere als „rechts“. Der öffentliche Platz zwischen all diesen Orten wird von jungen Menschen belagert, die äußerlich als zur rechten Szene zugehörig erkennbar sind. Jugendliche mit ihren Skateboards werden hier nur ungern gesehen und skaten lieber auf der anderen Seite des Platzes. Die ansässige Bevölkerung verweilt bei ihren Einkäufen nicht lang auf ihrem zentralen Platz.

„Und die von der NPD, na ja, mein Ding ist es nicht, aber die benehmen sich doch ganz ordentlich. Die sind ja auch nicht verboten. Wir haben schließlich die Demokratie: Und da kann jeder sagen, was er will, wenn es nicht ausdrücklich verboten ist.“

„Schauen Sie sich doch Herrn Leichsenring (Stadtrat in Königstein/Sachsen und Mitglied des NPD-Bundesvorstandes) an, er ist immer gut gekleidet, kann reden, sich darstellen.“

„Die NPD ist doch eine Partei, also demokratisch. Mit der muss man doch diskutieren.“

Dieses sind Überzeugungen und Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern, die nicht der NPD und des Rechtsextremismus verdächtig sind. Doch erst vor dem Hintergrund dieser Meinungen geschehen rechtsextremistische Straftaten, an diese Meinungen lassen sich für rechtsextreme Parteien und Organisationen vielfältige Anknüpfungsmöglichkeiten finden.

Zusammenfassend:

Rechtsextrem ist, wer eine Einstellung, eine Verhaltensweise oder Aktion zeigt und verfolgt, organisiert oder nicht, bei der von einer Ungleichheit der Menschen ausgegangen, das Völkische betont und die Gemeinschaft vor das Individuum gestellt wird. Dabei wird Gewalt akzeptiert oder selbst angewandt. (Definition auf Grundlage von Jaschke, 2001)

Rechtsextremismus beinhaltet also:

Einstellungen

- System der Ungleichwertigkeit
- Rassismus
- Antisemitismus
- Völk. Nationalismus
- Antiindividualismus
- Antiuniversalismus
- Autoritarismus
- Demokratiefeindlichkeit
- Freund/Feind-Polarisierung
- Geschichtsrevisionsismus

Erscheinungsformen

- Organisierter Rechtsextr.: Parteien, Kameradschaften, Vereine etc.
- Jugendkultur
- Diskurse
- Protest / Provokation
- Gewalt
- Terror

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – ein Konzept zur Unterstützung demokratischer Kultur

Von Friedemann Bringt und Lorenz Korgel

1. Warum Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus?

Auf den ersten Blick erscheint es wenig logisch: Eine rechtsextreme Jugendgruppe schlägt in der Ortschaft Klein Negeg¹ nach einem nächtlichen Saufgelage auf einen Punker ein, am Tag davor beschimpft eine Bürgerin im Supermarkt eine andere Bürgerin mit schwarzer Hautfarbe, wiederum ein Tag zuvor startet die Bürgerinitiative „Schöner wohnen“ eine erfolgreiche Kampagne gegen die Neuansiedlung eines Heims für Asylbewerber. Weshalb ist eine der möglichen Antworten auf diese Missstände „mehr Demokratie“ oder „mehr demokratische Kultur“? Wäre es nicht sinnvoller, die Gewalttäter in Projekten der Jugendarbeit zu verwahren oder schon früh in die Erziehung zu investieren? Oder sollte gegen den Alltagsrassismus nicht ausschließlich eine Reihe aufklärerischer Veranstaltungen gestellt werden?

Die Bedeutung von demokratischer Kultur und demokratischer Zivilgesellschaft für demokratische Systeme wurde nicht erst gestern erkannt. Bereits die frühen Theoretiker der Aufklärung befassten sich mit diesen Aspekten. Heute wird das Thema und der Begriff „Zivilgesellschaft“ breit diskutiert und wegen seiner z. T. verschleiern Funktion auch kritisiert. So ruht in der Vorstellung von Zivilgesellschaft als interessenfreier Sphäre, in der Menschen sich auf die Grundlagen des „guten“ Lebens verständigen, in der Tat eine verklärende Komponente.²

Die Idee, rechtsextremen Strukturen und rassistischen Einstellungen eine „Gegenkultur“ in Form einer demokratischen Zivilgesellschaft entgegenzustellen, entsprang mehreren Erkenntnissen und Erfahrungen, die eher auf einen „ungemütlichen“ und antidemokratischen Charakter von Zivilgesellschaft hindeuteten: Das Schockierende an den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen war nicht das Ausmaß der Gewalt. Das Bemerkenswerte an diesen Vorfällen waren die ganz normalen Bürgerinnen und Bürger, die zu tausenden applaudierend das rassistische Spektakel von Rostock-Lichtenhagen begleiteten. Rassistische Gewalt schien also nur ein vorgelagertes, offensichtliches Problem zu sein, ein Ventil für die menschenfeindlichen Einstellungen in weiten Teilen der Bevölkerung.

Sozialwissenschaftliche Untersuchungen zeigten indessen, dass 17 % der ostdeutschen Bevölkerung ein rechtsextremes Einstellungspotenzial aufwiesen, während der Wert in Westdeutschland bei 12 % lag.³ Besonders alarmierend war jedoch der in der ostdeutschen Bevölkerung einsetzende Delegetimierungsprozess der Demokratie als politischem System. 1998 waren Stöss zufolge 72 % der Ostdeutschen mit der deutschen Demokratie unzufrieden und 43 % konnten damals gar als „systemverdrossen“ gelten.⁴

Gleichzeitig gelang es rechtsextremen Szenen, sich in ostdeutschen Kommunen zunehmend zu etablieren und ein Beziehungsgeflecht zwischen organisierten, zellulären Strukturen und informeller kultureller Dominanz rechtsextremer Jugendszenen aufzubauen. Ausgestattet mit einem ausdifferenzierten Angebot an rechtsextremer Musik, Kleidung und Symbolik wurde Rechtsextremismus zum jugendkulturellen Alltagsphänomen. Dynamisiert wurde dieses Problem durch das Fehlen kultureller Alternativstrukturen. Insbesondere in kleinen Ortschaften und in einzelnen Stadtteilen wurde die rechtsextreme Jugendclique zur einzigen Sozialisationsinstanz für die nachwachsenden Generationen.

Wurde auf die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock zu Beginn der 90er Jahre noch mit der einseitigen Förderung von so genannter akzeptierender Jugendarbeit reagiert, so entwickelte sich in Wissenschaft und zivilgesellschaftlicher Praxis in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts ein kritischer und zugleich innovativer Diskurs zu anderen Perspektiven in der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Es entstand einerseits eine profunde kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit⁵ und andererseits die Forderung nach Unterstützung ziviler Gegenkräfte.⁶ Der zuletzt genannte Aspekt entwickelte sich aus den Praxiserfahrungen verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteure und Initiativen, die über Jahre in der interkulturellen Arbeit oder in der Beratung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus tätig waren. Ihrer Erfahrung zufolge scheiterte eine wirkungsvolle Intervention nicht nur an starken rechtsextremen Strukturen, sondern v. a. an Blockaden lokaler Verwaltungen und der fehlenden Ressourcen für zivilgesellschaftliche Gegenkräfte. Demokratieentwicklung und der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in

Ostdeutschland wurden zu den zentralen Forderungen dieser Initiativen. Verschiedene Studien belegen diese Defizitanalyse. Ihnen zufolge besteht in Ostdeutschland ein geringer „zivilgesellschaftlicher Organisationsgrad“ bei einem gleichzeitig hohen Potenzial in der ostdeutschen Bevölkerung für wenig formalisiertes und flexibles „bürgerschaftliches Engagement“.⁷ Obgleich also in Ostdeutschland ein hohes demokratisches Potenzial besteht, scheint sich ein vom Staat unabhängiger „dritter Sektor“, der in der DDR nur sehr rudimentär vorhanden war⁸, auch nach 1990 nicht „von selbst“ zu entwickeln.

Dieser Problematik folgend wurden 1998 in Brandenburg und 1999 in Sachsen-Anhalt Landesprogramme initiiert, die gezielt demokratische Entwicklungsprozesse implementieren und unterstützen sollten. Beide Konzepte legten Wert auf Fachlichkeit und Beratung. Speziell in Brandenburg wurde dies mit dem Konzept eines unabhängigen Mobilen Beratungsteams (MBT) zu einem Beratungsprofil, welches sich unverzichtbar gemacht hat. Mobile Beratung (MB) ist keine Alternative zu anderen Interventions- oder Präventionsansätzen, sondern eine Möglichkeit, die unterschiedlichen Projekte und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus an die örtlichen Bedingungen zugunsten nachhaltiger Effekte anzupassen.

Angesichts der tiefen Verwurzelung von Antisemitismus und Rassismus in der Geschichte Deutschlands und angesichts der politisch-kulturellen Traditionslinien in diesem Lande ist mit einem vollständigen Verschwinden des Rechtsextremismus nicht zu rechnen. Das Ausmaß seiner Wirkungsmacht und Dominanz, nicht seine Existenz, sind die veränderbaren Variablen des Rechtsextremismus. Mobile Beratung setzt genau hier an. Sie ist davon überzeugt, dass eine intakte und vitale demokratische Kultur den Einfluss und die Stärke von rassistischen und antisemitischen Einstellungen und Strukturen minimieren kann.

2. Was ist Mobile Beratung?

Die Ziele der MBTs, ihre Kompetenzen, Selbstverständnisse, Methoden, Angebote und Grundverständnisse von Beratungsprozessen stehen im Zentrum dieses Textes, das sich auf eine Auswertung der Veröffentlichungen Mobiler Beratungsteams in Ostdeutschland beschränkt. Ansätze in Westdeutschland oder im europäischen Ausland konnten nicht berücksichtigt werden, da ihre Kompatibilität zu den Konzepten Mobiler Beratung in Ostdeutschland noch geklärt werden muss.⁹

2.1 Ziele Mobiler Beratung

Die Ziele Mobiler Beratung können in verschiedenen Dimensionen dargestellt werden. Ähnlich der sozialen Arbeit liegen auch der Mobilen Beratung langfristige, mittelfristige und kurzfristige Ziele zugrunde. Die

Zielvorstellung des Auftraggebers der MBTs lassen sich nachlesen in den Civitas-Leitlinien des BMFSFJ (Grundsatzziele). Die Trägerorganisationen der MBTs formulierten in ihren Anträgen und Konzeptionen Rahmenziele als Grundlage für die Arbeit in den verschiedenen Regionen (mittelfristige Ziele meist angepasst an die Civitas-Leitlinien).¹⁰ Die verschiedenen Ergebnisziele und Methoden werden in der Praxis

Im Einzelnen ergibt dies folgende Zielabfolge:

Grundsatzziele¹¹

- Ziel des CIVITAS-Programms ist es, „eine demokratische, gemeinwesenorientierte Kultur in den neuen Bundesländern einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen, die sich in Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ausdrückt, entgegenzusetzen.“
- „Das Programm soll dazu beitragen, die vorhandenen zivilgesellschaftlichen Strukturen im Gemeinwesen weiter zu stärken und modellhaft weiterzuentwickeln.“
- „Zielstellung für die Arbeit von Mobilen Beratungsteams (MBT) ist ein für die Bürgerinnen und Bürger spürbarer Zugewinn an Demokratie.“
- „Minderheitenschutz und kommunale Integrationspolitik sind zentrale Anliegen der MBTs. Somit tragen sie zur Sicherheit im und Offenheit des öffentlichen Raums bei und erhöhen die Qualität des kommunalen Wirtschaftsstandortes.“

Rahmenziele mit ca. 3jähriger Geltungsdauer¹²

- Eindämmung rechtsextremer Dominanzverhältnisse im öffentlichen Raum
- Die Übernahme von Verantwortung von Jugendarbeit, Schule, Verwaltung und Politik im Handeln gegen Rechtsextremismus
- Eine selbstständige und aktive Zivilgesellschaft für Demokratie und Menschenrechte
- Solidarität mit potenziellen Opfern rechtsextremer Gewalt
- Eine für die Probleme des Rechtsextremismus sensibilisierte kommunale Öffentlichkeit
- Aufwertung zivilgesellschaftlichen Engagements
- Aufbau einer Zivilgesellschaft als ein vernetztes und kooperatives Projekt mithilfe demokratischer Initiativen
- Kompetenzsteigerung der demokratischen Akteure, Menschen nutzen ihre Möglichkeiten im Engagement für eine demokratische Kultur
- Aufbau einer Öffentlichkeit für gelungene Initiativen
- Schaffung und Sicherung von Räumen und Alternativangeboten für Initiativen zur Etablierung und Sicherung demokratischer Projekte, Dialoge und Diskurse
- eine Kultur des Dialogs entwickeln, Verständigungsprozesse, Konflikt- und Streitfähigkeit stärken
- Öffentlichkeit und Anerkennung für Initiativen gegen Rechtsextremismus.“

einzelner Teams relevant. Die folgende Übersicht ist an dieser Praxis orientiert, muss also nicht in jedem Fall für jedes Team die Handlungsmaxime sein. Die Zielkriterien selbst können nur in den konkreten Arbeitszusammenhängen, also bezogen auf die konkreten Bedingungen der Problemfälle, entwickelt werden. Die hier aufgeführten Ziele sind daher beispielhaft und idealtypisiert.

Ergebnisziele

- Initiativen setzen Projekte selbstständig um und erzielen konkrete Ergebnisse (z. B. Broschüren, Ausstellungen, Veranstaltungen etc.).
- „Schneeballeffekte“ – Eine Beratung zieht viele Beratungen und Maßnahmen nach sich.
- Eindämmung rechtsextremer Dominanzverhältnisse in einzelnen Einrichtungen der Jugendarbeit, Schulen und öffentlichen Orten. Einschränkung rechtsextremer Wirkungsmacht auf Jugendliche. Fernbleiben rechtsextremer Kader aus öffentlichen Einrichtungen.
- Aus Privatmenschen werden Akteure – die Aktivierung bisher untätiger Personen, z. B. in Initiativen, Bündnissen, Demonstrationen, Netzwerken etc.
- Initiativen und alternative Jugendgruppen verfügen über Räume, in denen sie sich entfalten können.
- Öffentliche Präsenz der Akteure (wenn sie es wünschen). Dokumentationen, Presse, Funk und Fernsehen, Produkte wie SchülerInnenzeitung, Filme über Initiativen und Projekte.
- Das Engagement von Akteuren außerhalb ihrer Funktionssysteme. Z. B. Ein Amtsinhaber besucht ein Asylbewerberheim, interessiert sich für die Probleme Asylsuchender etc., langfristiges Engagement von LehrerInnen und SchülerInnen außerhalb der Schule. Z. B. Projekte wie „SchülerInnen gegen Nazisymbole in der Öffentlichkeit“ etc., Beteiligung an Netzwerken.
- Öffentliche Solidarisierung, Sicherheitskonzeptionen und Raumkonzeptionen für Betroffene rechtsextremer Gewalt.
- Die Etablierung demokratischer Diskurse, v. a. bei so genannten „Reizthemen“ wie Asyl etc. Z. B. menschenrecht orientierte Kommunalkonzepte zum Thema Asylsuchende in der Kommune.
- Partizipative Entscheidungsfindung in Schule und Jugendarbeit, z. B. demokratischer Beschluss einer Schulordnung oder Hausordnung.

Grundlagen

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus –
ein Konzept zur Unterstützung demokratischer Kultur

2.2 Zielgruppen Mobiler Beratung

Die Zielgruppen Mobiler Beratung ergeben sich aus den Zielbeschreibungen fast von selbst. Wegen des zivilgesellschaftlich lokalen Ansatzes der MBTs steht die Arbeit mit örtlichen Akteuren im Vordergrund. Hier sind **lokale Initiativen** und ihre **Netzwerke, alternative Jugendgruppen, Jugendarbeit, Schulen** und **kommunale Politik/Verwaltung** häufige Partner und Beratungsnehmer. Aber auch **Kirchengemeinden, Verbände** wie z. B. Sportbund, Feuerwehrverband oder Gewerkschaften sowie **Polizei** und **Wirtschaftsunternehmen** sind in die Konzeption inbegriffen. Im Sinne der Zielformulierung „Solidarität mit **Opfern rechtsextremer Gewalt**“ sind MBTs auch Ansprechpartner nach oder (präventiv) vor einer Gewalttat. Die Teams vermitteln hier in erster Linie die schnelle Betreuung durch die „Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt“ und agieren mit diesen in enger Abstimmung. Allerdings übernehmen MBTs häufig im Umfeld der Opfer beratende Funktionen, z. B. wenn **Eltern** ihre Betroffenheit in politisches Handeln umsetzen wollen.

Ein oft diskutiertes Thema ist die Frage, inwieweit **rechtsextreme Jugendliche** selbst Zielgruppe der Mobilen Beratung sind. Dabei wurde u. a. bemerkt, dass MBTs, wie das gesamte Bundesprogramm CIVITAS insgesamt, den rechtsextremen Problemgruppen zu wenig Aufmerksamkeit schenken¹³. In der Tat betonen Konzeptionen Mobiler Beratung, dass rechtsextreme Jugendliche nur in Ausnahmefällen¹⁴ zur Zielgruppe gehören.

Dies ist zum einen der Kritik am akzeptierenden Ansatz in der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen geschuldet, wonach genau diese Arbeit nicht selten mehr Schaden als Nutzen bewirkte.¹⁵ In der Analyse des akzeptierenden Ansatzes, der ja in der sozialen Arbeit mit drogenabhängigen Jugendlichen entwickelt wurde, wird ein ausschlaggebendes gesellschaftspolitisches Rahmenphänomen übersehen. Drogenabhängige Jugendliche waren und sind gesellschaftlich geächtete und marginalisierte Gruppen. Mit ihnen zu arbeiten, ihre Probleme aus der Anonymität der Straffälligkeit ans Licht der sozialpädagogischen Praxis zu holen, erforderte die Akzeptanz der Fachkraft, im Gegenüber ein integrationswürdiges und mit eigenen Potenzialen ausgestattetes Individuum zu sehen. Rechtsextreme Jugendkulturen aber waren und sind, zumindest was die ländlichen Regionen Ostdeutschlands betrifft, weder gesellschaftlich geächtete noch marginalisierte Gruppen. Sie sind in den kommunalen Alltag sozial integriert und umfassen die Söhne und Töchter von nebenan. Ihre Ideologien sind als „Meinung, die man haben kann“ akzeptiert. Mit akzeptierten und doch

desorientierten Jugendlichen aber darf Sozialarbeit nicht akzeptierend arbeiten. Geschieht dies, verfestigen sich rassistische und völkisch-nationale Werteorientierungen und in der Folge auch Gruppenbindungen und Organisationsgrade.

Zum anderen ist „die“ rechtsextreme Jugendgruppe auch konzeptionell nur schwerlich mit der Arbeit der Mobilen Beratung als Zielgruppe zu vereinbaren, weil MBTs nicht selbst Projekte umsetzen, d. h. fachlich die Jugendsozialarbeit vor Ort auch gar nicht ersetzen sollen.

MBTs beraten jedoch „im Zusammenhang“ mit rechtsextremen Jugendgruppen. Dies kann einerseits der Fall sein, wenn öffentliche Einrichtungen nach Konzepten und Möglichkeiten suchen, die rechtsextreme Dominanz zu vermindern. Andererseits kann aber auch die Arbeit mit den Jugendlichen selbst zum Beratungsgegenstand werden. Hier steht meistens die Suche nach angemessenen Projektformen im Vordergrund. Wegen der erwähnten fachlichen Bedenken gegenüber der Übertragbarkeit von Modellen der akzeptierenden Jugendarbeit ist die Unterstützung und Beratung derselben zumeist an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Diese sind dann gegeben, wenn das Personal der einzelnen Einrichtung qualifiziert ist und zu den Möglichkeiten und Grenzen¹⁶ der Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen reflektiert hat. Die Grenze der Beratungsmöglichkeit verläuft, dem MBT-Diskurs zufolge, dort, wo ein Auftrag nicht möglich ist, weil Rechtsextremismus als unproblematisch eingeschätzt wird und wenn die rechtsextreme Dominanz in der Einrichtung eine offene Kommunikation unmöglich macht.

Unabhängig davon stehen MBTs als Ansprechstationen für rechtsextreme Jugendliche bereit, sofern diese nach einer Möglichkeit zum Ausstieg suchen. Die MBTs übernehmen die Begleitung des Ausstiegs allerdings nicht selbst, sondern vermitteln professionelle Hilfen für Aussteiger aus rechtsextremen Szenen.

2.3 Kompetenzen und Angebote Mobiler Beratung

Auf ihrer Fachtagung 2001 stellten die MBTs noch fest: „MBTs vermitteln Angebote und Möglichkeiten, nehmen somit auch verstärkt „Servicefunktionen“ ein.“¹⁷ In den dokumentierten Vernetzungsprozessen der Folgejahre war dagegen auffällig, dass Begriffe wie „Service“ oder „Dienstleistung für Zivilgesellschaft“ nur selten Anwendung fanden. Die situationsorientierte Beratungsweise der MBTs, wonach die Teams keine fertigen Konzepte mitbringen (anbieten), sondern durch ihre externen Kompetenzen ortsbezogene Handlungsansätze ermöglichen, die von den Betrof-

fenen selbst entworfen und umgesetzt werden müssen¹⁸, ist kaum mit einem herkömmlichen Verständnis von „Dienstleistung“ zu vereinbaren. Die externe Kompetenz ist gleichzeitig auch ein Spezifikum Mobiler Beratung. Weil Mobile Beratung für Demokratieentwicklung als Querschnittsaufgabe zu verstehen ist, die in verschiedenen sozialen Systemen ansetzt, müssen auch die Kompetenzen der Teams interdisziplinär und multiprofessionell auf die Problemlagen in den Regionen und Bezirken reagieren können.

Daher weist Mobile Beratung spezifische Fachkompetenzen auf: So etwa analytische und sozialwissenschaftliche Kompetenzen, Kompetenzen der Prozessanleitung und -begleitung, Fachwissen zu Formen der Demokratieentwicklung und Fachwissen zu Inhalten, Strukturen und Erscheinungsformen des Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus. So setzen sich die Teams derzeit aus pädagogisch und/oder sozial- bzw. politikwissenschaftlich, sowie kultur-, kommunikations- und geschichtswissenschaftlich qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammen.¹⁹ Die Projekte verfügen weiterhin „über Ressourcen aus den Bereichen Projektmanagement, Netzwerk- bzw. Bildungsarbeit, Interkulturelle Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und Systemische Beratung (...)“²⁰ Außerdem bestehen die Teams aus Personen, die meistens schon über lange Erfahrungen in der ehrenamtlichen oder sogar hauptberuflichen zivilgesellschaftlichen Arbeit verfügen.²¹

MB agiert in unterschiedlichen Zielgruppen und ihren Kontexten. Sie ist daher flexibel kommunikationsfähig. Konkret bedeutet dies eine Teamzusammenstellung, die das Verstehen und Agieren in lokal-politischen, interkulturellen und soziokulturellen Diskursen ermöglicht. MB arbeitet sozialraumbezogen²², fallbezogen und systemisch²³: Wie kaum eine andere externe Institution sind MBTs mit den örtlichen Sozialgefügen vertraut. MBTs sind daher in der Lage, zivilgesellschaftliches Entwicklungspotenzial herauszukristallisieren.

Aus den hier angegebenen Kompetenzen und Zielen der Mobilen Beratungsteams ergeben sich Angebote, die je nach Bedürfnislage vor Ort spezifiziert werden. Demokratieentwicklung in Schulen mit rechtsextremer Dominanz sieht z. B. anders aus als in Schulen mit hohem Anteil alternativer Jugendkulturen oder mit hohem Anteil von SchülerInnen mit Migrationshintergrund. Insgesamt ist das Angebot der Mobilen Beratung eine Kombination aus Information und Beratung. Wie diese umgesetzt wird, ist situations-, ressourcen- und methodenabhängig. U. a. wurden von Mobilen Beratungsteams folgende Angebote formuliert:

Beratungsangebote von MBTs auf einem Blick²⁴:

- Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Jugendarbeit, Schule und Kommune
- Rechtsextreme Symbolik, Kleidung und Musik
- Rechtsextreme Strukturen in Regionen und Bezirken
- Planung von ortsbezogenen Projekten gegen Rechtsextremismus
- Entwicklung von (Handlungs-)Konzepten und Strategien gegen Rechtsextremismus und für Demokratie in Schule, Jugendarbeit und Kommune; für ein solidarisches von gegenseitigem Respekt getragenes Gemeinwesen
- Beratung von Akteuren in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit im Bemühen um Sicherung einer sich an demokratischen Grundwerten orientierenden Jugendarbeit
- Organisationsentwicklung im Gemeinwesen – für Vereine, Initiativen; Netzwerke und Aktionsbündnisse
- Unterstützung und „Empowerment“ für alternative Jugendgruppen und demokratische Initiativen, die sich um das Schicksal von Asylbewerbern, Kriegsflüchtlingen und deren gegenwärtiger Lebenssituation oder um die Opfer rassistischer bzw. rechtsextremistischer Gewalt kümmern
- Vernetzung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus
- Krisen und Konfliktmanagement, Initiierung von Runden Tischen, Moderation von Gesprächs- und Diskussionsprozessen zwischen Verantwortungsträgern aus Wirtschaft, Gewerkschaft, Politik, Kirche, Verbänden und anderen Beteiligten über Fragen konkreter demokratischer Mitverantwortung
- Vermittlung professioneller Opferberatung
- Beschreibungen von Rechtsextremismus und zivilgesellschaftlichen Entwicklungspotenzialen im Sozialraum (lokale Analyse)
- soziokulturelle Animation/Projektentwicklung und -begleitung
- Beratung für Eltern, Schulen und Sozialarbeit im Umgang mit rechtsextremer Jugendkultur
- Beratung für KommunalpolitikerInnen und MandatsträgerInnen aller demokratischer Parteien bei ihren Überlegungen und Entscheidungen im Zusammenhang mit rechtsextremen Vorfällen
- Unterstützung in Fragen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Thematik Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Grundlagen

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus –
ein Konzept zur Unterstützung demokratischer Kultur

2.4 Mobile Beratung konkret – Methoden

Manche denken bei dem Begriff „Mobile Beratung“ an einen rosa VW-Bus, der jeden Mittwoch auf dem Marktplatz hält und kleine Probetütchen Demokratie verteilt. Die Realität sozialer Prozesse und ihrer Beratung ist aber viel komplexer. Verschiedene Fallbeschreibungen²⁵, vor allem aber einzelne Selbstdarstellungsbroschüren geben Überblicke über das Methodenset Mobiler Beratung:

Eine prägnante Ausformulierung der Methodik Mobiler Beratung wurde bspw. von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) vorgelegt. Wie die anderen MBTs auch, verwendet die MBR in ihrer Tätigkeit problemzentrierte und partizipative Methoden. Die konkreten Handlungsschritte geschehen immer unter Beteiligung der Akteure und unter Einbeziehung ihrer Problemlage. Konkret kann sich dies wie folgt ausgestalten²⁶:

- Das Team der MBR fährt auf Anfrage zu den Personen und Gruppen, klärt die Problemlage und sucht gemeinsam mit den Akteuren nach Handlungsmöglichkeiten
- Die MBR analysiert Rechtsextremismus in Berliner Bezirken und stellt diese Analyse demokratischen Akteuren zur Verfügung
- Die MBR analysiert soziokulturelle Problemlagen und Ressourcen sowie demokratische Potenziale und Defizite in Sozialräumen, sie bedient sich dafür der Methoden der qualitativen Sozialforschung
- Die MBR steht lokalen Akteuren für Informationsveranstaltungen zur Verfügung
- Die MBR moderiert bei Konfliktfällen, z. B. zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen und lokaler Verwaltung
- Die MBR veranstaltet in Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort Workshops zu Inhalten und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und zu möglichen Interventionsmaßnahmen
- Die MBR vermittelt Methodik für Partizipationsprojekte und bietet Argumentationstrainings, Zukunftswerkstätten und Planungsworkshops an
- Sie bietet eine Übersicht über bereits erprobte Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und überlegt gemeinsam mit den Initiativen, welche Projekte sinnvoll sind
- Die MBR thematisiert die Möglichkeiten und Grenzen von Einzelmaßnahmen, z. B. Hausordnungen oder Checklisten zur Verhinderung rechtsextremer Veranstaltungen
- Die MBR berät mit ihren PartnerInnen der Jugendarbeit das Konzept des „Szenesplittings“, d. h. sie versucht ideologisierte Kader von rechtsextrem orientierten Mitläufern zu trennen

- Die MBR verfolgt die aktuellen Fachdiskussionen, bereitet sie auf und hilft auf dieser Grundlage bei Konzeptentwicklungen
- Wenn die Jugendlichen einer Jugendgruppe es wünschen, versucht die MBR, die Eltern der Jugendlichen zu sensibilisieren bzw. zu aktivieren
- Die MBR hilft bei der Planung von Projekten und Strategien, die Jugendgruppen und Initiativen eine Öffentlichkeit verschaffen.

Wie bereits betont, ist keine dieser Methoden und Beratungsschritte isoliert zu betrachten, sondern immer im Kontext der örtlichen Problemlage und des daran angeschlossenen Entwicklungsprozesses. Diese beiden Aspekte, die Analyse und die Prozessbegleitung, sind sicherlich das markante Spezifikum der Arbeit der MBTs. Im Folgenden wird daher auf diese beiden Dimensionen genauer eingegangen.

3. Problem-, Akteurs- und Prozessorientierung der Mobilen Beratung

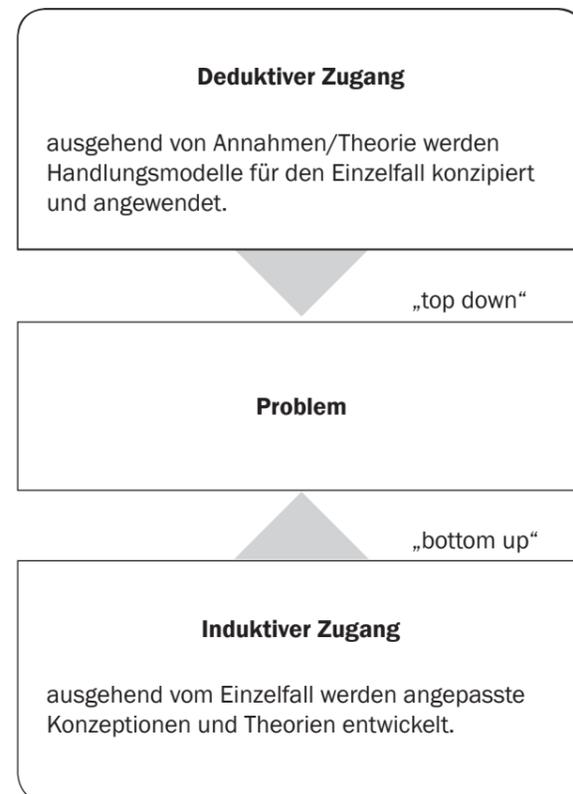
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und für demokratische Kultur ist eine Beratung von Prozessen. Sie ist also keine Ratgeberzentrale z. B. gegen Haarausfall, die man einmal anruft, nach einem Mittel gegen den Schwund fragt und dann nie wieder kontaktiert. Mobile Beratung geschieht vielmehr an Ort und Stelle, zu den Zeiten und in dem Tempo, wie es für die lokalen Partner erforderlich ist. Mobile Beratung tritt mit seinen Akteuren in den Dialog und bezieht sie aktiv in die Lösungsfindung mit ein.

Dieser Herangehensweise liegt ein bestimmtes Verständnis zivilgesellschaftlicher Beratungsarbeit zugrunde, wie es z. B. verschiedene RAA e.V.s formuliert haben.²⁷ Demzufolge sind zivilgesellschaftliche Prozesse dann erfolgreich, wenn

- die örtlichen Akteure sie selbstverantwortlich umsetzen und entwickeln
- sie ihre Kompetenzen und Ressourcen optimal und schonend entfalten können
- sie eingebunden sind in Netzwerke und öffentliche Anerkennungsverhältnisse.

Für MBTs ist mit dieser Voraussetzung klar, dass sie niemals mit fertigen Konzepten in einen Beratungsfall gehen, sondern die Konzeptentwicklung induktiv begleiten.

Herangehensweisen Mobiler Beratung



Grundsätzlich sind Projekte mit deduktivem Zugang geeignet, um als Impulsgeber zu agieren oder um punktuelle Aufmerksamkeit/Öffentlichkeit zu erzielen. Der induktive Zugang ermöglicht eine hohe Identifikation der Zielgruppe mit dem Projekt und lässt eine größere Langzeitwirkung erwarten. Aber auch er braucht Deduktives zur Erhöhung der Wirksamkeit nach außen und/oder für neue Impulse auf Durststrecken.

Dieses Vorgehen ist der systemtheoretischen Erkenntnis gefolgt, dass Innovation und Veränderung in Kommunen zwar extern beraten und gefördert werden kann, ihre Verankerung und nachhaltige Umsetzung aber nur „von innen“, also in den sozialen Zusammenhängen selbst geschieht. In einigen Beratungsfällen ergibt sich aus dieser Prämisse die Schwierigkeit, an welcher Stelle die externe Beratung ansetzen sollte. Ist es sinnvoll, sich auf ganze Systeme (z. B. alle Parteien im Kommunalparlament, alle Institutionen usw.) zu konzentrieren und mit ihnen ein konsensuelles Vorgehen zu vereinbaren? Oder liegt der Beratungsschwerpunkt eher bei wenigen, dafür aber zentralen Akteuren mit hohem Potenzial? Ein grundsätzliches Ausschlussprinzip würde kein MBT an dieser Stelle

Grundlagen

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus –
ein Konzept zur Unterstützung demokratischer Kultur

eröffnen. Verschiedene Fallbeschreibungen zeigen jedoch, dass konsensuelle Vorgehensweisen wenig erfolgreich sind, wenn das Problem Rechtsextremismus als solches nicht anerkannt ist.²⁸ Auch ist die Einbeziehung von politischen Minderheiten und potenziellen Opfergruppen rassistischer Gewalt bei konsensuellen Verfahren schwierig. Einige MBTs lösen dieses Problem pragmatisch auf, indem sie sich zunächst auf Schlüsselpersonen konzentrieren, um dann nach der Entstehung von Diskursen und Prozessen auch konsensuale Schnittmengen durch Vernetzung herauszufiltern²⁹. Zuletzt haben Klemm/Srobl/Würtz auf die hervorragende Rolle von Schlüsselpersonen („Vorreitern“) bei der Weiterentwicklung demokratischer Kultur im kommunalen Raum hingewiesen.³⁰ Es kann sich dabei um Personen aus unterschiedlichen Initiativen und Institutionen handeln, die wegen eines beruflichen und/oder persönlichen Interesses für die Probleme des Rechtsextremismus besonders sensibilisiert sind und daraus die Motivation für ihr Engagement entwickeln. Die meisten Fälle Mobiler Beratung setzen bei solchen Personen an. MBTs aktivieren vorhandene Kompetenzen und Ressourcen bzw. unterstützen die Erweiterung der Kompetenzen und die Akquirierung neuer Ressourcen. Werden diese erfolgreich und möglichst mit konkreten Ergebnissen ein- und umgesetzt, entstehen in der Tat die von MBTs erwünschten „Schneeballeffekte“³¹ (ein Beratungsfall zieht weitere Fälle nach sich, oder ein Projekt ist Impuls für weitere Projekte).

Aus der Notwendigkeit, Beratung nur unter Einbeziehung der örtlichen Situation zu betreiben, ergibt sich die Mobilität der MBTs als logische Konsequenz. Ähnlich der Mobilen Jugendarbeit ermöglicht Mobile Beratung raumbezogene und zielgruppenzentrierte Ausrichtungen. MBTs arbeiten raumbezogen, wenn sie mehreren oder allen Akteuren in einem Sozialraum ihre Beratung anbieten und diese auch nachgefragt wird. Dies ist häufig der Fall, wenn MBTs kommunale Konzepterstellung beraten bzw. kommunale Vernetzung koordinieren. Zielgruppenzentriert heißt, dass Mobile Beratung bestimmte Akteure dort beraten kann, wo diese sich aufhalten und sicher fühlen. Im Gegensatz zur Mobilen Jugendarbeit geschieht dies jedoch nicht als Randgruppen-bezogene Beziehungsarbeit, die Privates und Berufliches verschwimmen lässt.³² Stattdessen ist Mobile Beratung ein Gegenüber, welches eigene Kompetenzen anbietet, ohne sich selbst zum Teil der Maßnahme zu machen. In solchen Prozessen ist Bedürfnisbefriedigung nicht primäres Ziel, sondern eine begleitende Maßnahme innerhalb der Prozessberatung. Konkret bedeutet das, dass MBTs als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, sie hören zu, nehmen das Problem ernst und machen Mut. Für viele Akteure ist schon alleine die erstmalige

Formulierung der Problemlage gegenüber der Mobilen Beratung ein Ventil für weitere Handlungsschritte.

Hinter diesen Effekten verbirgt sich gleichzeitig ein weiteres Kriterium erfolgreicher Beratungsprozesse, nämlich das der Nachhaltigkeit. Der oben formulierten Annahme folgend, dass Veränderung und Innovation nur innerhalb von Funktionssystemen funktionieren kann, präferieren MBTs Projektformen, die örtlich verankert sind. Projekte, die von außen aufgesetzt und nach Beendigung komplett wieder abgezogen werden, sind demzufolge nur sinnvoll, wenn sie in ein Gesamtkonzept eingepasst sind. Anders als die oben erwähnten RAAs setzen MBTs nur in Ausnahmefällen Projekte selbst um. Die Gefahr, dass Projekte nach der Beteiligung und Anleitung durch das MBT zusammenbrechen, wäre zu groß. Stattdessen misst z. B. das MBT Brandenburg seinen eigenen Erfolg an dem Erfolg der Akteure.³³ Demnach gilt als Erfolg, wenn Akteure nach einer Beratung ein konkretes Projekt umsetzen konnten und vielleicht sogar auf diese Weise die Öffentlichkeit für ihr Anliegen zu interessieren vermochten.

Vor diesem Hintergrund beantwortet sich auch die Frage nach der „Neutralität“ Mobiler Beratung.³⁴ Die Vorstellung des neutralen Beraters, der ohne Interessen, ohne Einflüsse seiner Sozialisation agiert, ist in der Realität wohl kaum umzusetzen. Außerdem ist auch der Auftrag zur Förderung einer menschenrechtlich orientierten demokratischen Kultur inklusive der Solidarisierung mit Opfern rechtsextremer Gewalt als „neutrale Instanz“ schwerlich zu bewerkstelligen. Diese Feststellungen bedeuten allerdings, dass eine Rollenklärung in Beratungsprozessen unabdingbar ist. MBTs sind nicht „neutral“, sie sind aber auch nicht politische Partei. In diesem Sinne kann „die oft notwendige Provokation (Eisbrecherfunktion)“³⁵ in der Mobilen Beratung angelegt sein, wird aber in der Regel nicht von den MBTs selbst durchgeführt, sondern durch andere Partner, mit anderer Funktion und Rolle. Eine Ausnahme besteht in Situationen, in denen sich vor Ort kein Partner für die Formulierung von Problemwahrnehmung findet, bzw. wenn die mit Rechtsextremismus einhergehenden Probleme dominant und systematisch verschwiegen werden. So geschieht es, dass in manchen Kommunen nahezu alle Akteure massive rechtsextreme Gewalt- und Dominanzverhältnisse entweder nicht wahrnehmen wollen oder ihre Existenz gar standhaft leugnen. Hier werden MBTs zur Konfliktpartei im „braunen Frieden“.³⁶

3.1 Grundsätzliche Beratungsabläufe Mobiler Beratung

Ausgangspunkt fast jeder Beratung ist die Anfrage. Bevor diese jedoch an die verschiedenen Teams gerichtet wird, müssen zunächst die Beratungsangebote bekannt sein. MBTs reduzieren ihre Öffentlichkeitsarbeit nicht auf die Veröffentlichung von Informationsflyern und Broschüren, sondern sind in öffentlichen Gremien präsent, suchen den Kontakt zu „Schlüsselpersonen“ und wichtigen Institutionen. Es hat sich gezeigt, dass mit dem Bekanntheitsgrad, mit steigendem Vertrauen der Akteure in die Teammitarbeiter auch die Zahl der Anfragen zunimmt. Eher selten und anders als z. B. bei den Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt initiieren MBTs nicht selbst Beratungsfälle oder spüren dieselben auf. Aufgrund dessen hat sich unter den meisten MBTs eine Nachfrageorientierung herausgebildet. Akteure, die sich eigenständig mit einem Problem an eine Beratungsstelle wenden, haben gewissermaßen schon einen ersten Handlungsschritt unternommen. Ihre Problemwahrnehmung ist ein wichtiger Vorteil, um sich später auch mit Beratungsprozessen identifizieren zu können.

Ist eine Anfrage gestellt, erfolgt als nächster Schritt die Problemerkklärung. Die Anlässe, aus denen sich Menschen an MBTs wenden, sind z. T. nur ein Element einer vielschichtigen und grundsätzlichen Problemlage. So kann der von Jugendlichen eines Jugendclubs erstellte Wandbildentwurf voller germanischer Symbole auf einen naturreligiösen Hintergrund zweier Jugendlicher hindeuten oder auf eine manifeste rechtsextrem kulturelle Dominanz.

Grundlage jeder Beratungstätigkeit der MBTs sind daher Hintergrundinformationen und Analysen zu lokalen rechtsextremen Erscheinungsformen. Von den Ergebnissen solcher Sozialraumanalysen hängt die weitere Vorgehensweise ab. Denn nur auf der Grundlage einer soliden Einschätzung können adäquate, auf die örtliche Situation abgestimmte Gegenstrategien und Interventionsmöglichkeiten entwickelt und, wenn möglich, weitere kommunale Akteure als Partner (Schlüsselpersonen) einbezogen werden. Besonders deutlich wird dies, wenn sich die Beratungsfälle auf ganze Sozialräume oder Kommunen beziehen. Die Einbeziehung der sozialräumlichen Dimension ist daher ein zentraler Bestandteil in kommunalen Beratungsprozessen.

3.2 Sozialraumanalyse im Kontext Mobiler Kommunalberatung

Das klassische Sozialraumverständnis (bspw. in der humanökologischen Tradition der „Social Area Analysis“) war auf sozialräumliche Strukturen und deren Nutzungsmuster fokussiert.³⁷ Jüngere Diskurse beziehen aber die Deutungen und Interpretationen von Indi-

viduen, die sie durch die Wahrnehmung und Aneignung von Orten und Plätzen ihrer Lebenswelt entwickeln, in die Analysetätigkeit ein.³⁸

Um den vielfältigen Anforderungen von Auftraggebern gerecht zu werden, erfordert Mobile Kommunalberatung einen systemischen und nachhaltigen Sozialraumbegriff. Für die Entwicklung effizienter Analysetechniken zur Beschreibung sozialer Räume bedarf es einer klaren Begriffsbestimmung. Der Kern des Sozialraumverständnisses der Mobilen Beratung wird durch das definierte Problem gebildet. Nicht der geografisch abgrenzbare Raum (Stadtteil, Kommune, Quartier) bildet die Definitionsbasis des Sozialraums, sondern eine möglichst treffgenaue Problemerkklärung durch Akteure vor Ort. Sie ist die Basis für die nachfolgende Eingrenzung des Raums.

Nach Kurt Lewin³⁹ sind folgende Faktoren für gelingende Veränderungsprozesse im Sozialraum notwendig:

- Das Problem steht zentral
- Die Analyse startet vom Problempunkt
- Systematisches, in Phasen geteiltes Arbeiten an möglichen Lösungen
- Die Partizipation der direkt Betroffenen ist Ausgangspunkt

Rechtsextreme Geschehensräume machen nicht vor Stadt- oder Kreisgrenzen halt. Wird von örtlichen Partnern rechtsextreme Gewalt und diverse Opfererfahrungen als Problem definiert, muss Mobile Beratung die rechtsextremen Akteure, die damit in Zusammenhang stehen (auch wenn sie aus anderen Quartieren kommen) und deren Vernetzungsstrukturen in die Sozialraumanalyse einbeziehen. Makrosoziologische Problembeschreibungen hingegen (Rechtsextremismus in Ostdeutschland allgemein) sind der spezifischen Problembewältigung der Akteure vor Ort nicht dienlich. Deshalb untersucht Mobile Beratung die spezifischen Problemlagen vor Ort und die hiermit in Zusammenhang stehenden Akteursgruppen. Eine komplexe und tiefenscharfe Problembeschreibung ist für erfolgreiches Veränderungsmanagement im kommunalen Kontext unerlässlich. Voraussetzung für eine solche analytische Vorgehensweise ist demnach eine Eingrenzung des Betrachtungsgegenstands und der zu seiner Betrachtung am besten geeigneten Forschungsmethoden.

3.2.1 Forschungsgegenstand:

Die Sozialraumanalyse der Mobilen Kommunalberatung untersucht nach dem in den Förderrichtlinien des Bundesaktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ und seinem Förderprogramm CIVITAS formulierten Leitbild das soziokulturelle Innenleben sozialer Räume bezüglich ihres

Veränderungspotenzials für demokratieorientiertes Handeln (Ressourcen) einerseits und bezüglich ihres Problempotenzials an demokratiegefährdendem, rassistischem, antisemitischem und völkisch-nationalistischem Handeln (Defizite) andererseits. Dies umfasst folgende spezifischen Forschungsgegenstände:

- soziale Systeme (Kommunikation und Akteure mit ihren Interaktionen) beschreiben
- Kompetenzen und soziokulturelle Ressourcen⁴⁰ der Menschen vor Ort untersuchen
- lokale Vernetzungsstrukturen daraufhin untersuchen, ob man diese zur Hilfe nehmen kann oder ob neue Netzwerke notwendig sind
- lokale Problemträger und -löser (Stärken-Schwächen-Analyse) untersuchen

3.2.2 Ziel der Sozialraumanalyse in der Mobilen Kommunalberatung

Die Sozialraumanalyse soll ein hinsichtlich seiner spezifischen Problemlage und seiner Topografie abgegrenztes Gebiet von möglichst vielen problemrelevanten Seiten und mit den dafür am besten geeigneten verschiedenen Methoden komplex und tiefenscharf darstellen. Das umfasst folgende spezifische Analyseziele⁴¹:

- rechtsextremes Gefährdungspotenzial (soziale Problemlage) beschreiben und einem geografischen Raum zuordnen
- Akteure im Raum kennen lernen und ihre demokratischen Veränderungspotenziale abschätzen
- lokale Akteure stärken und dazu befähigen, eigene (Demokratisierungs-)Ziele entsprechend ihrer Ressourcen zu erkennen/bearbeiten (im Sinne „aktivierender Befragung“)
- externe Reflexionsinstanz für lokale Akteure bieten

3.2.3 Prinzipien der Sozialraumanalyse in MBT-Beratungsprozessen

- Analyseschwerpunkt liegt auf der für die Unterstützung von Projekten für demokratische Kultur und deren lokaler Verankerung
- Analyseformen nach dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe als nachhaltigste Form der Unterstützung (Empowerment) verwenden
- Change agency (Lokalraumveränderung): aus dem System heraus und mit der Sprache der im System lebenden Menschen analysieren, bzw. geeignete Schlüsselpersonen als Transformatoren (Dolmetscher im Veränderungsprozess) finden

3.2.4 Methoden der Datenerhebung in Sozialraumanalysen der Mobilen Beratung

Vergleichsanalyse⁴² (vergleichende Studien)

Unterschiede zu benachbarten Räumen werden festgehalten.

Grundlagen

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus –
ein Konzept zur Unterstützung demokratischer Kultur

Teilnehmende Beobachtung⁴³ quantitativ

bspw.: Häufigkeiten von Kommunikation und sozialen Beziehungen dokumentieren (Foto, Zeichnungen)
Auswertung von Sekundäranalysen (Wirtschaftsdaten, kommunale Entwicklungsplanungen, Bevölkerungsstatistiken, Kinder-/Jugendhilfeplanung, Statistiken sozialer Einrichtungen etc.)

qualitativ

verbale oder schriftliche Dokumente auswerten
ausführliche Interviews von Personen und Gruppen
eigene Eindrücke verarbeiten/bewerten (ggf. reflektierendes Team als Hilfe)

Interview - SETTING:

- Entwicklung des Interview-Leitfadens auf Arbeitsbögen (elektronisch)
- Ausgedruckte Leerformulare dienen als Notizzettel während des Gesprächs.

Vorteile:

- schnelle Strukturierung /Systematisierung unsortierter mitgeteilter Fakten, Befindlichkeiten, Storys etc.
- schnelle Vergleichsmöglichkeit von vielen Einzelkontakten bei der Auswertung.
- Schaffung einer störungsfreien und möglichst lockeren Atmosphäre
- Vereinbarung über Dauer des Gesprächs

(Dieses Interview – Setting wurde von dem MBT Sachsen in Zusammenarbeit mit der RAA Leipzig entwickelt.)

Arbeitsbogen (Leitfadeninterview):

Gesprächspartner:
Ort:
Interview am:

1. Einschätzung der Lage vor Ort – allgemein im Blick auf Rechtsextremismus

Organisationsstrukturen	Handlungsträger	Anlaufpunkte Treffs	Vorfälle	Reaktionen
		Führer, Cliquen		der Bevölkerung, Politik, Polizei etc.

2. Einschätzung der Lage vor Ort – im Blick auf die eigene Ini/Person/Institution

Handlungsträger	Entstehung,	Anfangsimpuls einschneidende Ereignisse	Entwicklung,
Wer gehört dazu?			

3. Aktionen / Aktivitäten

Ziele allgem.	stattgefundene Aktionen	geplante Aktionen	Defizite / Mängel/ Bedarfe	Wünsche / Utopien

4. Unterstützer / Bündnispartner

Wer	warum	Zugangsweg	Beitrag/Nutzen	Haltbarkeitsdauer

5. Gegner / Behinderer

Wer	warum	Gegenbeitrag/ Schaden	Abhilfe möglich?

Nachbereitung der Interviews:
Zeitnahe elektronische Erfassung
Nötigenfalls straffen und noch mal systematisieren, aber markante O-Töne der Gesprächspartner beibehalten
Zuordnung von Eigenmaterial der Gesprächspartner
Zuordnung von Medienberichterstattung

4. Sozialraumanalyse als Produkt Mobiler Beratung

Das Ergebnis einer Sozialraumanalyse ist zunächst ein Produkt auf Papier. MBTs verwenden dieses Produkt auf unterschiedliche Weise.

- Sie benutzen die Analyse als interne Hintergrundinformation zur Optimierung ihrer Beratung mit einzelnen Akteuren (kommunales Lagebild).
- Sie stellen die Analyse, am besten gemeinsam mit einem Akteur, in Vernetzungsrunden (z. B. Schulen, Einrichtungen der Jugendarbeit) vor, um weitere Akteure zu gewinnen und Aktivitäten anzuregen (Sozialraumbeschreibung).
- Sie veröffentlichen die Analyse, am besten gemeinsam mit lokalen Verantwortungsträgern und Vernetzungsrunden, zur Vorbereitung kommunaler Handlungskonzeptionen (Sozialraumanalyse).

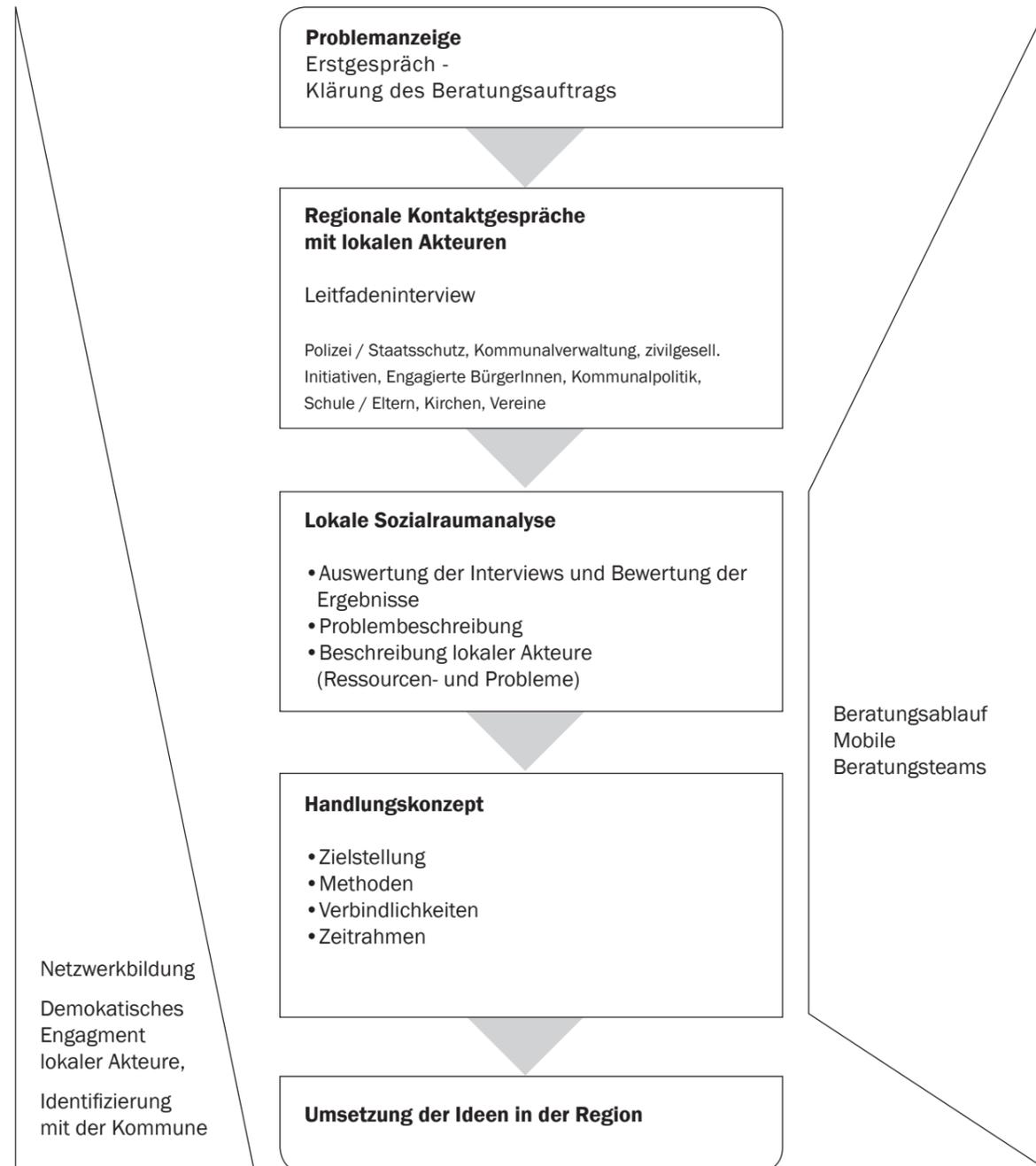
Die Tiefe und Auswahl der Analyseformen ist abhängig von den Kapazitäten des MBTs und der örtlichen Akteure bzw. richtet sich auch nach den Anforderungen und Auftragslagen. Schritt eins erfolgt in jedem Fall und kann schon sehr konkrete z. B. auf eine Einrichtung oder eine Gruppe bezogene Maßnahmen nach sich ziehen.⁴⁴ Der zweite Schritt bedarf entweder einer Problemwahrnehmung oder eines Problemdrucks, um überhaupt Akteure zur Teilnahme an Vernetzungsrunden zu bewegen. Die MBTs setzen hier vorwiegend an bereits gewachsenen Strukturen und Bündnissen an, die sie zuweilen mit ihren Analysen neu beleben. Ist dies der Fall, entstehen die oben genannten „Schneeballeffekte“. Aus der Anfrage eines Akteurs werden, mittels der Sozialraumanalyse und den Empfehlungen bereits aktiver Personen, weitere Anfragen und Beratungsfälle angeregt. Ergebnis dieses Schritts können konkrete vernetzte Vorgehensweisen sein oder weitere, themenspezifische, Vernetzungsrunden, die den Diskurs in Sozialräumen aufrecht erhalten. Der dritte Schritt erfolgt bestenfalls im Auftrag von Verantwortungsträgern im Sozialraum (bspw. „Leader“-Projektgruppen im Bereich Strukturangepasstung ländlicher Räume⁴⁵) oder gar im Auftrag einer Kommune.

Für größere kommunale Einheiten empfiehlt es sich, den Ansatz der Sozialraumanalyse auf das Ausmaß einer Kommunalanalyse zu erweitern. Der Auftrag zur Erstellung von Kommunalanalysen sollte wiederum an externe Auftragnehmer vergeben werden, denen die MBTs ihre Erkenntnisse zur Verfügung stellen. Auf diese Weise kann die analytische Herangehensweise der MBTs in einen nachhaltigen Prozess kommunaler Konzeptentwicklung eingebracht werden.

Selbstverständlich sind die Entwicklungsprozesse nach den jeweiligen Umgangsformen mit der Sozialraumanalyse unterschiedlich. Bleibt es bei der

Kommunikation mit einem Akteur (weil sich andere nicht finden ließen oder sich verweigern), ist auch die darauf folgende Maßnahme eher isoliert. Diese Projektform gehört allerdings nicht langfristig zu der Perspektive Mobiler Beratung, weil isolierte und nicht-kommunizierbare Projekte häufig nur eine geringe Nachhaltigkeit aufweisen. MBTs versuchen, diese Projekte in weitere Kontexte und Diskurse einzuspeisen. Der Regelfall sieht jedoch die bereits oben erwähnte systemische Herangehensweise Mobiler Beratung vor. Demzufolge bezieht die Beratung möglichst von Beginn an weitere relevante Akteure in den Prozess mit ein. Vernetztes Arbeiten scheint für viele MBTs die hierfür angemessene Methode zu sein. Dieses kann in einer anspruchsvollen kulturellen Version im Sinne der „Soziokulturellen Animation“⁴⁶ eine auf Partizipation und Prävention ausgerichtete Kommunikation und Bildung im Sozialraum sein. Aber auch einzelne Netzwerke als verbindliche Zusammenhänge von Akteuren mit „gleichen“ Zielen bis hin zu aktionsorientierten Bündnissen mit eher unverbindlichem, dafür flexiblerem Charakter sind Teil des Beratungsprozesses.⁴⁷

Ganz gleich auf welcher Vernetzungsebene, Mobile Beratung engagiert sich für ein konzeptionelles Handeln. Angestrebt wird hierbei nicht nur eine Verbesserung von Kommunikation und Information, sondern die konkrete Formulierung von Handlungskonzeptionen mit klarer Zielstellung, angepassten Methoden, transparenten Verbindlichkeiten und einem angemessenen Zeiträumen.

Beratungsablauf Mobiler Beratungsarbeit – Grafik⁴⁸

Kommunale Handlungskonzeptionen und Aktionspläne sind heute noch die Ausnahme im Beratungsalltag. Mobiler Beratung in Ostdeutschland. Stattdessen stecken die Teams „Mittendrin“. Sie beraten nicht mehr nur einzelne Akteure und Projekte, sondern bewegen sich in den lokalen Diskursen und entwickeln diese weiter. Nach einer Laufzeit der CIVITAS MBTs von 2 Jahren lassen sich einige konkrete Ergebnisse dieser Arbeit festhalten⁴⁹, kommunale und regionale Gesamtergebnisse werden stattdessen eher in der vor uns liegenden Phase der Projektarbeit zu erwarten sein.

Tagträumerei ist bei alledem nicht angezeigt. Zwischen staatlichen Strukturdefiziten und ökonomischen Interessen ist Zivilgesellschaft in Deutschland verschiede-

nen Zersetzungsprozessen ausgesetzt. Ergänzt wird diese Tendenz durch die antidemokratischen Implikationen in der Zivilgesellschaft selbst.⁵⁰

Die Vitalität von Zivilgesellschaft und das Ausmaß des Engagements seiner Akteure ist darüber hinaus von einer Vielzahl von Rahmenbedingungen abhängig (Geld, Zeit, Bildung etc.), deren Beeinflussung durch Mobile Beratung kaum möglich ist. MBTs kann es aber gelingen, „Anreizstrukturen“⁵¹ zu unterstützen, die den Einstieg in zivilgesellschaftliches Engagement erleichtern und verstetigen. Das „Gesicht“ der Zivilgesellschaft bleibt in der Verantwortung der Akteure und ihrer Vorstellung von einer menschenrechtlich orientierten Demokratie.

Fußnoten

- 1 Der Name ist frei erfunden.
- 2 Vgl. Narr 1994.
- 3 Vgl. Stöss 1999.
- 4 Ebd.: 31
- 5 Vgl. Buderus 1998 und Zentrum Demokratische Kultur 1999.
- 6 Vgl. Kalb/Sitte/Petry 1999 u. Zentrum Demokratischer Kultur 2000.
- 7 Vgl. Backhaus-Maul/Ebert/Jakob/Olk 2003.
- 8 Vgl. ebd.: 14.
- 9 So sind westdeutsche Modellprojekte wie z. B. das „Team Z“ der Landeszentrale für polit. Bildung Baden-Württemberg überhaupt nicht mit dem MBT-Ansatz vergleichbar (vgl. <http://www.lpb.bwue.de/rechts/teamz.htm>). Ausländische Projekte, wie z. B. das Schweizerische Projekt „Tikk e.V.“, weisen dagegen einige konzeptionelle Übereinstimmungen auf (vgl. www.tikk.ch).
- 10 Vgl. z. B. Konzeption des Mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur Mecklenburg-Vorpommern. 2003. Vgl. auch den Überblick in Rommelspacher u. a. 2001.
- 11 Vgl. Förderrichtlinie CIVITAS unter: www.jugendstiftung-civitas.org.
- 12 Den Stand zu Beginn des Programms CIVITAS zusammenfassend vgl. Rommelspacher 2001. Vgl. im Einzelnen z. B. „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR)“ 2003 und „MBT Mecklenburg Vorpommern“ 2003.
- 13 Vgl. Möller 2003 u. Roth 2003.
- 14 Vgl. z. B. MBT Mecklenburg Vorpommern 2003: 7.
- 15 Vgl. Zentrum Demokratische Kultur 1999.
- 16 Vgl. Korgel 2000a.
- 17 Korgel 2001: 9.
- 18 Vgl. Landesregierung Brandenburg 2001: 7.
- 19 Vgl. z. B. MBT Mecklenburg Vorpommern 2003: 20.
- 20 Rommelspacher 2001: 44.
- 21 Vgl. ebenda.
- 22 Vgl. dazu den Text Sozialraumanalyse weiter unten.
- 23 Systemisches Arbeiten: In die Überlegungen und Planungen Mobiler Beratung werden möglichst alle lokalen Akteure aus den unterschiedlichen sozialen Subsystemen integriert (Kommunalpolitik, Kirche, Vereine, Schule, Familie, Arbeitsstelle(n), Peergroup etc.). Nur so kann gewährleistet werden, dass veränderte Kommunikationsformen und verbesserte Zusammenarbeit im Sozialraum zu nachhaltigen (bleibenden, aus sich selbst heraus reproduzierbaren) Verbesserungen führen. Systemisches Arbeiten hat zum Ziel, dass die Selbstständigkeits- und Selbstverantwortungsbestrebungen lokaler Akteure von möglichst vielen lokalen Akteuren und Subsystemen akzeptiert und unterstützt werden. Vgl. Bringt 2002.
- 24 Die Beratungsangebote müssen im Einzelnen nicht für jedes MBT gelten, werden aber ähnlich in einigen MBT-Konzeptionen genannt. Vgl. Bringt/Hanneforth/Kemper/Schickert 2002. U. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) 2003. Vgl. auch <http://www.mobilerberatungsteam.de>, Nov. 2003.
- 25 Ausführliche Fallbeschreibungen finden sich in: Zentrum Demokratische Kultur 2002. Und in: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport – Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg / Mobiles Beratungsteam (Raa Brandenburg e.V.) 2001.
- 26 Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) 2003. Vgl. auch das Methodenset des MBT Sachsen in: Kulturbüro Sachsen & Netzwerk „tolerantes-sachsen“ 2002 und MBT Mecklenburg Vorpommern 2003: 22 ff.
- 27 Vgl. z.B. Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Berlin 2000: 3 f. In vier Bundesländern sind RAAs Träger von MBTs oder in die Trägerstruktur eingebunden (Stand Nov. 03).
- 28 Vgl. die Kritik von Wendel 2001: 28 ff.
- Vgl. auch Fransecky 2003 und Burschel 2003.
- 29 Vgl. Bringt 1999.
- 30 Vgl. Klemm/Srobl/Würtz 2003.
- 31 Vgl. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) 2003.
- 32 Vgl. Klose/Steffan 2000: 299.
- 33 Vgl. Hülsemann 2001.
- 34 Vgl. Roth/Lynen von Berg/Benack 2003: 17.
- 35 Hülsemann 2001: 12
- 36 Kahane, Anetta 2000
- 37 Riege/Schubert (Hg.) 2002: 36.
- 38 Vgl. Böhnisch/Münchmeier 1993 oder Deinet 1999
- 39 Vgl. die Ausführungen zu Bennis/Benne/Chin 1961: „Problem Solving Model“ in Bringt 1998.
- 40 Vgl. Riege, Schubert 2002, S. 183
- 41 Vgl. Kulturbüro Sachsen 2000.
- 42 das. S. 10f
- 43 das. S: 17f
- 44 Vgl. Fallskripte in dieser Broschüre.
- 45 Das „Leader-Programm“ ist ein EU-Förderprogramm zur Strukturstärkung ländlicher Räume und wird über die Landwirtschaftsministerien der Bundesländer abgewickelt.
- 46 Vgl. Kulturbüro Sachsen & Netzwerk „tolerantes-sachsen“ 2002.
- 47 Vgl. Materialien zur Bündnisarbeit in dieser Broschüre.
- 48 Vgl. Kulturbüro Sachsen & Netzwerk „tolerantes-sachsen“ 2002. Diese Grafik stellt einen linearen Beratungsablauf im Zusammenhang der Sozialraumanalyse dar. In der Praxis vieler Teams sind allerdings weitere kommunikative Zwischenschritte eingebaut, sodass Projekte und Handlungsschritte bereits im und nicht erst am Ende eines Prozesses entstehen. Zur multiblen Dimension Mobiler Beratung vgl. die Grafik in MBR 2003.
- 49 Vgl. z. B. die Fallskripte in dieser Broschüre.
- 50 Vgl. Korgel 2000 u. Roth 2003 (a).
- 51 Pollack 2003: 56

Literaturliste:

- Backhaus-Maul, H. / Ebert, O. / Jakob, G. / Olk, T. (2003): Institutionelle Lücken und günstige Gelegenheiten. Zum aktuellen Stand der Debatte über bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. In Dies. (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Opladen. S. 5–18
- Böhnisch, Lothar / Münchmeier, Richard (Hg.) (1993): Pädagogik des Jugendraums. Zur Begründung und Praxis einer sozialräumlichen Jugendpädagogik. Weinheim
- Bourdieu, Pierre (Hg.) Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz 1997
- Bringt, Friedemann (1999): Soziokulturelle Animation und Projektmethode als Grundlagen einer demokratischen Jugendarbeit im Landkreis Muldental. In: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Bulletin 1/99, „Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. S. 39–45
- Bringt, F. / Hanneforth, G. / Kemper, M. / Schickert, P. (2002): Die Praxis der Demokratieentwicklung im ländlichen Raum. In: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Anforderungen an die Demokratieentwicklung. Dokumentation der Fachkonferenz der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus 2002. Berlin. Eigenverlag. S. 28–30
- Buderus, Andreas (1998): Fünf Jahre Glatzpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. Pahl-Rugenstein
- Burschel, Friedrich C. (2003): Im „Herzen“ Deutschlands – Pessimistische Betrachtungen zum ideologischen Alltag in Thüringen. In: AIB Nr. 60, Herbst 2003. S. 35–38
- Deinet, Ulrich (Hg.) (1999): Sozialräumliche Jugendarbeit. Eine praxisbezogene Anleitung zur Konzeptentwicklung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Leske & Budrich, Opladen
- Deinet, Ulrich/Kirsch, Richard (Hg.) Das Sozialraum-Konzept in der Praxis: Methoden zur Qualifizierung der Jugendarbeit auf Grundlage einer Sozialraumanalyse. Leske & Budrich, Opladen 2002
- Fransecky von, Tanja (2003): Kommunale Beratungsarbeit in Thüringen. In: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Anforderungen an die Demokratieentwicklung. Dokumentation der Fachkonferenz der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus 2002. Berlin. Eigenverlag. S. 9–12
- Hülsemann, Wolfram (2001): Aus den Erfahrungen des MBT Brandenburg – Gedanken für die MBT – Tagung 2001. In: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Dokumentation der Fachkonferenz der ostdeutschen Mobilen Beratungsteams 2001. Berlin. S. 11–14. Eigenverlag
- Kahane, Anetta (2000): Zivilgesellschaft und Barbarei. In: taz, 8. 8. 2000
- Kalb, P.E. / Sitte, K. / Petry, C. (Hg.) (1999): Rechtsextremistische Jugendliche – was tun? Weinheim
- Klose, Andreas / Steffan, Werner (2000): Mobile Jugendarbeit und Straßensozialarbeit. In: Deinet, Ulrich / Sturzenhecker, Benedikt (Hg.): Handbuch Offene Jugendarbeit. Münster. S. 295–303
- Korgel, Lorenz (2000): Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. In: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Bulletin 1/2000 „Zivilgesellschaft und Barbarei“. Berlin, Eigenverlag. S. 12–17
- Korgel, Lorenz (2000a): Über die Möglichkeiten und Grenzen in der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen, in: IDA-NRW (Hg.): Info-Mappe. Jugendhilfe im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen, Düsseldorf, Teil III, S. 1-3
- Korgel, Lorenz (2001): Die Fachkonferenz der Mobilen Beratungsteams: Möglichkeiten und Grenzen der Mobilen Beratung. In: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Dokumentation der Fachkonferenz der ostdeutschen Mobilen Beratungsteams 2001. Berlin. S. 7–9. Eigenverlag
- Kulturbüro Sachsen (2000): Konzeption „Regionale Mobile Beratungsteams“. Antrag auf Projektmittelfinanzierung bei dem Bundesprogramm CIVITAS
- Kulturbüro Sachsen & Netzwerk „tolerantes-sachsen“ (Hg.) (2002): „Beteiligung Animieren. Arbeitsordner zu Methoden und Projektformen mobiler Beratungsarbeit in Sachsen“. Eigenverlag
- Landesregierung Brandenburg (2001): Berichte über ausgewählte einzelne Maßnahmen. Das Mobile Beratungsteam „Tolerantes Brandenburg“. In: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg (Hg.): 2. Zwischenbericht der Landesregierung zur Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“. Potsdam
- Lehnert, Hans-Jürgen / Wagner, Bernd (1997): Mobiles Beratungsteam Brandenburg – ein Projekt gegen rechtsextreme Gewalt. In: RAA Brandenburg (Hg.): Positionen – Ergebnisse – Geschichte – Perspektiven. Potsdam
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport – Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg / Mobiles Beratungsteam (Raa Brandenburg e.V.) (Hg.) 2001: Bürger für Toleranz und Weltoffenheit – Tolerantes Brandenburg. Potsdam
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) (Hg.) (2003): Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Berlin. Berlin, Eigenverlag
- Mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur Mecklenburg-Vorpommern (2003): Konzeption. Rostock/Waren (Müritz). Eigenverlag
- Möller, Kurt (2003): Aktuelle politische Programme und Aktivitäten der pädagogischen sozialarbeiterischen Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – eine kritische Zwischenbilanz. In: Lynen von Berg, H. / Roth, R.: Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Opladen
- Narr, Wolf-Dieter (1994): Wieviel Entwirklichung kann sozialwissenschaftliche Theoriebildung ertragen? In: Das Argument, Jg. 36, Heft 4/5, S. 587-598
- Probst, Lothar (2003): Ostdeutschland – ein zivilgesellschaftliches Niemandsland? In: Backhaus-Maul, H. / Ebert, O. / Jakob, G. / Olk, T. (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Opladen. S. 43–56

Pollack, Detlef (2003): Zivilgesellschaft und Staat in der Demokratie. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 16, Heft 2, 2003. S. 46–58

Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Berlin (2000): Alles unter einem Dach – Dienstleistungen für Demokratie. Interkulturelle Beiträge 25

Riege, Marlo/Schubert, Herbert (Hg.) Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Leske & Budrich, Opladen 2002

Rommelspacher, Birgit (2001): Zur Evaluation des Civitas-Programms. In: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Möglichkeiten und Grenzen der mobilen Beratung. Dokumentation der Fachkonferenz der ostdeutschen Mobilen Beratungsteams. S. 19–27

Rommelspacher, Birgit / Polat, Ülger / Wilpert, Czarina (2001): Die Evaluation des CIVITAS-Programms. Die Aufbauphase. Berlin, Alice Salomon Fachhochschule Berlin

Roth, Roland (2003): Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bonn

Roth Roland (2003 a): Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 16, Heft 2, 2003. S. 59–73

Roth, R. / Lynen von Berg, H. / Benack, A. (2003): Programme und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. In: Lynen von Berg, H. / Roth, R. (Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Opladen. S. 9–27

Stöss, Richard (1999): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bonn

Wendel, Kay (2001): Tolerantenburg exposed. In: Prozessbeobachtungsgruppe (Hg.): Nur ein Toter mehr. Alltäglicher Rassismus in Deutschland und die Hetzjagd von Guben. Münster. S. 19–35

Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) Handeln für mehr Demokratie ist Handeln gegen Rechtsextremismus – Möglichkeiten der Intervention. Bulletin4/1998

Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (1999): Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Bulletin, 1/99. Berlin

Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (2002): Anforderungen an die Demokratieentwicklung. Dokumentation der Fachkonferenz der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus 2002. Berlin. Eigenverlag

Fallskripte

Kommunaler Kontext –

Bürgermeisterkonferenz

**Fallskript Kommunaler Kontext –
Bürgermeisterkonferenz****Ausgangssituation:**

Die Sächsische Schweiz ist bezüglich rechtsextremistischer Aktivitäten eine Schwerpunktregion im Freistaat Sachsen. Nach wie vor sind ehemalige Mitglieder und Anhänger der verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz im Landkreis und darüber hinaus zum Teil in enger Vernetzung mit Brandenburg aktiv. Sie organisieren Konzerte, Sonnenwendfeiern, Feldschlachten und machen durch rechtsextreme Straftaten aufmerksam. Dabei kann sich die Skinhead- und Kameradschaftszene der Unterstützung durch den NPD-Kreisverband und insbesondere führender Mitglieder (Stadt- und Kreisräte) sicher sein.

In den vergangenen Jahren haben sich in einigen Kommunen die Wahrnehmung rechtsextremistischer Tendenzen insbesondere bei politisch Verantwortlichen und die Zusammenarbeit mit Initiativen, Polizei und Justiz spürbar verbessert. Immer deutlicher positionieren sich Bürgermeister, Abgeordnete, VertreterInnen politischer Parteien gegen diese Tendenzen. In zwei Städten wurden kommunale Handlungskonzepte erarbeitet.

Aber immer noch gibt es Stadt- und Gemeinderäte in einigen Orten des Landkreises, die das Problem Rechtsextremismus aus Angst vor Imageschaden und den damit verbundenen Einbußen im Tourismusgeschäft nicht sehen bzw. benennen.

Einbezogene Akteure

Aktion Zivilcourage Pirna, Polizeidirektion Pirna Kommissariat Staatsschutz und Mobiles Beratungsteam als Organisatoren, Einlader und Moderatoren Landrat des Landkreises Sächsische Schweiz, Dezerent und Jugendamtsleiter Bürgermeister und Hauptamtsleiter aus acht Städten und Gemeinden der Sächsischen Schweiz Tourismusverein Elbsandsteingebirge

Ergebnisse – Was wurde erreicht?

Erreicht wurde die Teilnahme oben genannter Akteure an einer Bürgermeisterkonferenz. Diese hatte verschiedene Ergebnisse:

Von den Bürgermeistern der beiden Städte, die Erfahrungen mit kommunalen Handlungskonzepten haben, wurden als Grundvoraussetzungen für die Zurückdrängung rechtsextremistischer Aktivitäten die Aner-

kennung des Problems und die eigene klare Position benannt. Beide betonten, dass der offene Umgang mit dem Thema weniger schadet als das Verschweigen oder Ignorieren.

Deutlich wurde für die BürgermeisterInnen auch, dass neben ihren eigenen Amtskollegen der Landrat, der Jugendamtsleiter, die Polizeidirektion Pirna, Aktion Zivilcourage und MBT Partner für sie und die Verwaltung in den schwierigen Fragen von Rechtsextremismus und rechtsextremem Gewalt sind.

Von den Kommunen mit positiven Erfahrungen wurde angeboten, interessierte KollegInnen aus den anderen Kommunen zu Veranstaltungen und Arbeitskreisen einzuladen.

Die Position des Landrats wurde für die beteiligten BürgermeisterInnen deutlich.

Tagungsort war die Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein, ein Ort der Euthanasieverbrechen des Faschismus. Eine Führung durch den Leiter der Gedenkstätte machte die BürgermeisterInnen mit dem Konzept der Einrichtung und den Möglichkeiten politischer Bildungsarbeit unmittelbar vor Ort bekannt. Die Mehrzahl der Anwesenden war erstmals in der Gedenkstätte.

Courage leben gegen Rassismus

Ein unternehmerischer Impuls

„Courage leben gegen Rassismus!“ – Ein unternehmerischer Impuls für zivilgesellschaftliches Handeln

von Solvejg Höppner, Friedemann Affolderbach

Ausgangssituation

Eine Studie von 2002 zur Fahrgastfreundlichkeit der Leipziger Verkehrsbetriebe zeigte, dass potenzielle Fahrgäste aus Angst vor Gewalt in den Bahnen, Bussen bzw. in Haltestellenbereichen vor der Nutzung des Angebots der Verkehrsbetriebe zurückschrecken. Dem wollte das Unternehmen offensiv entgegenreten und suchte zur Durchführung eines Projekts gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus kompetente Partner in der Region.

Einbezogene Projektpartner:

Leipziger Verkehrsbetriebe, Landesfilmdienst Sachsen e.V., Fachreferat für jugendpolitische Sonderaufgaben und Extremismus der Stadt Leipzig, Evangelisches Stadtjugendpfarramt Leipzig und Kulturbüro Sachsen.

Ergebnisse – Was wurde erreicht?

- 1. Couragebahn – eine Straßenbahn mit Pfiff (thematische Gestaltung eines Straßenbahnwagens durch die Projektpartner unter Beteiligung von Fahrgästen)
- Positionierung des Unternehmens gegen Rassismus im Alltag.
- 2. Fahrertraining in den LVB organisiert
- Antirassismus-Training in den obligatorischen Schulungsplan der LVB aufgenommen
- Finanzierung durch LVB das Bundesprogramm „CIVITAS“

Die „Couragebahn“ fährt heute im Leipziger Linienverkehr. Ihre Innen- und Außenansicht wurde umgestaltet. Der vordere Innenbereich des Wagens behielt die übliche Bestuhlung bei, die Sitze wurden aber mit Aufschriften versehen, z. B.: „Nur für Blonde“, „Nur für Schwarze (Rote oder Weiße)“, Nur für Dicke

(oder Dünne)“, Nur für Blau- (oder Braun-)äugige“ usw. Wesentliches Kriterium für die ausgewählten Sprüche war deren Diskriminierungspotenzial. Unter den Stühlen ragt ein einziger blauer Stuhl mit der Aufschrift „Nur für Tolerante“ heraus. Hinten informiert ein „Ausstellungsraum“ die Fahrgäste zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus mittels Dauerausstellung und Platz für wechselnde Ausstellungen (Bilder von Schulklassen).

Fahrertraining in den Leipziger Verkehrsbetrieben (LVB)

Ca. 950 FahrerInnen der LVB sind 2003 vom Projektteam geschult worden. Dabei kam ein methodisch und inhaltlich speziell auf die Bedürfnisse des LVB-Personals ausgerichtetes Schulungskonzept zu Anwendung. Zweierteams der Projektgruppe führten die Trainings mit jeweils ca. 20 TN durch. In den Schulungen wurde deutlich, dass Alltagsrassismen in der Bevölkerung, deren Querschnitt die Schulungsteilnehmer repräsentieren, stark verbreitet sind. Die Schulung umfasst drei Teile, die systematisch aufeinander aufbauen (Definition Rassismus, Diskussion und Erarbeitung eigener Handlungsmöglichkeiten. Die Schulungsteile werden durch Filmsequenzen eingeleitet.

Fazit

Das Feedback zur Schulung war von allen Seiten her positiv. Insbesondere die partizipative Form der Trainings wurde als positiv erlebt. Das Projekt ist durch das Kulturbüro Sachsen dokumentiert und ausgewertet und kann anderen Unternehmen zur Nachahmung empfohlen werden. (Andere erprobte Schulungsbereiche dieses Konzepts waren: Polizeifachschule, Justizfortbildung, überbetriebliche Ausbildungsstätten).

Beispiel

rechtsextreme Veranstaltungen

Beispiel rechtsextreme Veranstaltungen

Von Anke Zeuner

Ausgangssituation:

Ein Stadtbezirk möchte gegen rechtsextreme Partys und Schulungsveranstaltungen vorgehen. Die Veranstaltungen werden meist über Tarnnamen bzw. Tarnvereine angemeldet, und aus den geschlossenen Verträgen ist eine politische Zielrichtung der Mieter nicht ablesbar. Deshalb ist zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses den Gastwirten und öffentlichen Veranstaltern oft nicht klar, an welches Klientel die Räume vermietet werden. Will der Vermieter später (wenn er erkennt, um welche Veranstaltung es sich handelt) die Räume wieder kündigen, wird er feststellen, dass er den Vertrag nur bei Zahlung hoher Vertragsstrafen wieder lösen kann.

Einbezogene Projektpartner:

Kommunale Verwaltung, Gastwirte, Vermieter von Veranstaltungsräumen, Jugendeinrichtungen, Polizei

Ergebnisse – Was wurde erreicht?

Recherche von Fällen von Vermietungen an Rechtsextreme in Berlin, um noch konkreteren Einblick in das Vorgehen der Rechtsextremisten zu erhalten

Bereitstellung eines Fortbildungsangebots für Gastwirte und sonstige Vermieter zu Inhalten wie rechtsextreme Rhetorik, Strategie der Rechtsextremen und aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus

Bereitstellung von praxisnahen Handreichungen wie Checklisten für Veranstalter und Mustermietvertrag, um

1. rechtsextreme Mieter so früh wie möglich zu erkennen, bzw.
2. bereits geschlossene Verträge mit Rechtsextremisten wieder kündigen zu können.



Fallskripte

Beispiel

Schulöffnung in einem Berliner Bezirk

Schulöffnung in einem Berliner Bezirk

Von Bianca Klose

Ausgangssituation

Die MBR erhielt im Januar 2002 die Beratungsanfrage eines Jugendclubleiters. Er stellte fest, dass rechtsexremes Klientel seine Jugendeinrichtung zu dominieren begann und sich bis dato als unpolitisch verortende Jugendliche sich sowohl dem rechtsexremen Lifestyle anzupassen schienen, als auch vermehrt durch rechtsexreme Parolen hervortraten. Diese Outfit- und Auffassungsänderungen standen laut Recherchen in einem Zusammenhang mit dem Wechsel der Jugendlichen auf eine bestimmte Schule in der Nachbarschaft der Jugendeinrichtung.

In Abstimmung mit der Schulleitung wurde die Situation in der Schule daraufhin analysiert. Die Analyse ergab folgendes Bild: An der Schule bestehen erhebliche rechtsexrem orientierte jugendliche Potenziale. Die Cliquenstrukturen der Rechtsexremen sind klassen- bzw. altersübergreifend. Es bilden sich Führerpersönlichkeiten heraus, die jegliche Meinungsbildung in ihren Klassen zu dominieren suchen.

Einbezogene Akteure

Für das Projekt in der Schule: Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, eine „Schulcoacheerin“ des Zentrum Demokratische Kultur.

Für die Vernetzung im Sozialraum der Schule: Jugendeinrichtung, Schule, Bezirksbürgermeister, Jugendamt, Polizei.

Ergebnisse – Was wurde erreicht?

- Das Projekt in der Schule:
Eine konkrete Situationsanalyse zu Rechtsexremismus und Demokratiedefiziten an der Schule (mittels Projekttag, Workshops für LehrerInnen und Eltern).
Schulöffnung – die Schule startet gemeinsam mit der

Schulcoacheerin eine langfristig angelegte Zusammenarbeit in Form eines Modellprojekts „Demokratie in der Schule“.

Regelmäßige Fortbildungen und Diskussionen im Kollegium der Schule und bei Elternversammlungen zum Umgang mit Rechtsexremismus, Rassismus und Antisemitismus. Neben klassischen Weiterbildungseinheiten zur Wahrnehmungsschärfung (rechtsexreme Symbole, Musik, Strukturen und Strategien) stellt dabei die MBR allen schulrelevanten Akteuren ihre Sozialraumanalyse vor, um die Erkenntnisse zu rechtsexremen Erscheinungsformen in Schule und direktem Schulumfeld in einen sozialräumlichen Kontext einzuordnen.

- Öffnung der Schule in das Gemeinwesen hinein:
Verlagerung von Diskussionsrunden aus dem Schulbereich in die Räumlichkeiten der Jugendeinrichtung in der Nachbarschaft.

Vernetzungstreffen zwischen JugendarbeiterInnen und VertreterInnen der Schulen des Bezirks inklusive Austausch über konkrete Probleme mit bestimmten rechtsexremen Jugendlichen und über aktuelle Vorfälle mit rechtsexremem Hintergrund.

- Runder Tisch gegen Rechtsexremismus für den konkreten Sozialraum:
Abgestimmtes Vorgehen von Bezirksbürgermeister, Jugendamt, Polizei, Schule und Jugendarbeit im Sozialraum in Zusammenhang mit rechtsexremen Erscheinungsformen.

Neben regelmäßigen sowohl bezirksweiten als auch sozialräumlichen Vernetzungsrunden konnten auf diese Weise mit der Unterstützung der MBR Strukturen geschaffen werden, die es den Akteuren ermöglichen, zeitnah auf Vorfälle mit rechtsexremem Hintergrund gemeinsam zu reagieren, aber auch an langfristig angelegten Maßnahmen zu arbeiten.

Fallskripte

Beispiel

Jugendarbeit

Beispiel Jugendarbeit

Von Anke Zeuner

Ausgangssituation:

Eine Jugendeinrichtung wird mehr und mehr von rechtsexrem orientierten Jugendlichen besucht. Bisher politisch nicht auffällige Jugendliche übernehmen den rechtsexremen Lifestyle. Nicht-rechte Jugendliche werden zunehmend mit Wörtern wie „Judenschwein“ oder „Zecke“ beschimpft. Infolge dessen bleiben sie zum großen Teil der Einrichtung fern.

Von Jugendlichen wird rechtsexreme Musik in der Einrichtung abgespielt.

Bis auf einen Mitarbeiter wird im Kollegium die Veränderung des politischen Klimas nicht zur Kenntnis genommen bzw. nicht erkannt.

Einbezogene ProjektpartnerInnen:

MitarbeiterInnen der Jugendeinrichtung; betroffene, nicht-rechte Jugendliche; TrainerInnen für „antirassistische Projekttag“ und „Argumentationstraining“, Schulen im Ortsteil

Ergebnisse – Was wurde erreicht?

Sensibilisierung der MitarbeiterInnen durch das MBT zu den Themen „Rechtsexreme Strategie“ und „Rechtsexreme Erscheinungsformen (Symbolik, Mode und Musik)“, infolge dessen erkennen die MitarbeiterInnen die problematische Entwicklung in ihrer Einrichtung und sind bereit, aktiv gegenzusteuern.

Konzepterarbeitung durch die MitarbeiterInnen und unter Beratung des MBT mit den Zielrichtungen „Stärkung demokratischer Gegenkultur“ und „Spaltung

der rechtsexremen Szene“, infolge dessen werden konkrete Maßnahmen unter den MitarbeiterInnen vereinbart.

Allgemeine Maßnahmen:

- Erarbeitung einer Hausordnung (s. u.)
- Schulung der MitarbeiterInnen für alltägliche Auseinandersetzungen in der Einrichtung in Form eines Argumentationstrainings
- Vernetzung von Jugendarbeit und Schule durch entsprechende Treffen

Maßnahmen zur Spaltung der rechtsexremen Szene

- Durchführung von niedrigschwelligen Projekttagen in der Einrichtung
- Angebote, die der Altersstruktur der MitläuferInnen entsprechen und die von den älteren Kadern nicht in Anspruch genommen werden
- Kader, die sich bisher als „rechte Hand“ der JugendclubmitarbeiterInnen angeboten haben, nicht mehr in Arbeitsabläufe integrieren

Maßnahmen zur Stärkung nicht-rechter Gegenkultur:

- Positionierung nach außen als antirassistische Einrichtung durch eine Podiumsdiskussion zum Thema
- Bereitstellung der Räume der Einrichtung für antirassistische und andere nicht-rechte Gruppen im Ortsteil; Streuung des Angebots
- Offene Solidarisierung mit Opfern rechtsexremer/rassistischer Gewalt



Alternatives Jugend- und Kulturzentrum Sächsische Schweiz

Von Markus Kemper und Petra Schickert

Ausgangssituation

Alternative Jugendliche treffen sich in der Stadt Pirna nahezu täglich an einer städtischen Feuerstelle am Elbufer. Sie sind immer wieder Zielgruppe rechtsextremistischer Aktivitäten. In der öffentlichen Wahrnehmung werden die rechtsextremistischen Aktivitäten im Zusammenhang mit dieser Gruppe vorrangig auf Auseinandersetzungen zwischen „Linken“ und „Rechten“ reduziert und die Gruppe als linksextrem dargestellt und vor der „Gefahr von links“ gewarnt.

Die Gruppe selbst findet die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in der Sächsischen Schweiz unzureichend, sieht die weite Verbreitung von fremdenfeindlichem, antisemitischem und nationalistischem Gedankengut unter Jugendlichen und Erwachsenen und möchte diesen Zustand ändern. Gleichzeitig beklagt sie die unzureichenden Angebote im Bereich der Jugend- und Kulturarbeit in der Region. Viele Jugendliche können sich aus materiellen Gründen die Orientierung nach und Wahrnehmung von Angeboten in Dresden nicht leisten. Außerdem möchten sie eigene Ideen umsetzen und Eigenverantwortung übernehmen.

Einbezogene Akteure

Alternative Jugendliche, Jugendamtsleiter des Landkreises

Ergebnis – Was wurde erreicht?

- Umfangreiche Vereins- und Konzeptentwicklung
- Engagement der Jugendlichen für ein Haus, welches sie als Jugend- und Kulturzentrum betreiben können
- Zwischenzeitliche Anmietung von Vereins- und Büroräumen, in denen sich regelmäßig 15 bis 20 Jugendliche treffen
- Nachhaltige Kontakte der Jugendlichen zum Jugendamtsleiter des Landkreises Sächsische Schweiz

Neben inhaltlicher Arbeit (Gestaltung der Internetseiten, Organisation von Aktivitäten außerhalb der Räume, Filmabende, Arbeit zur Situation Rechtsextremismus in der Sächsischen Schweiz) bietet sich die Möglichkeit zum regelmäßigen Sonntagsfrühstück, zum Musikhören und Reden. Höhepunkte waren die im Spätherbst durchgeführte Woche zum Thema „Antisemitismus“ und die Woche zum „Rechtsrock“. Vereinsmitglieder bereiteten sich auf die Durchführung einzelner Gesprächs- und Filmabende vor. In der Woche zum Thema „Antisemitismus“ standen die Beschäftigung mit dem Judentum, mit der Geschichte Israels und Palästinas und verschiedene Filmabende („Schindlers Liste“, „Das Leben ist schön“ und „Zug des Lebens“) mit anschließender Diskussion auf dem Programm. Abschluss und Höhepunkt der Woche war eine Führung in der Dresdner Synagoge.

Trennung von Mitläufern und Kadern in Einrichtungen der Jugendarbeit – Möglichkeiten und Grenzen von Hausordnungen

Von Bianca Klose

Jugendeinrichtungen sind nicht verpflichtet, eine Dominanz rechtsextremer Erscheinungsformen oder entsprechende Positionen zu dulden. Vielmehr sollten Dominanzentwicklungen genaustens im Auge behalten und diesen rechtzeitig entgegengewirkt werden.

Weder sollten rechtsextrem orientierte Jugendliche noch weiter potenziellen Rekrutierungsversuchen seitens rechtsextremer Kader in einer Jugendeinrichtung ausgesetzt bleiben, noch Gruppen potenzieller Opfer durch ein rassistisches Klima weiter in einer Einrichtung ausgegrenzt werden.

Das Spektrum an Interventionsmöglichkeiten ist breit: Vor allem im Bereich des Umgangs mit rechtsextremem Lifestyle innerhalb der Jugendkulturen wird häufig auf entsprechende Hausordnungen zurückgegriffen, die das Tragen von bestimmter rechtsextremer Symbolik, Kleidung und Hören rassistischer und antisemitischer Musik verbieten. Doch kann es sich bei dieser sanktionierenden Methode lediglich um einen Schritt handeln, der vorerst nur die Symptome bekämpft. Vor allem zeigen zahlreiche Beispiele, dass es rechtsextrem orientierten Jugendlichen problemlos möglich ist, Verbote von bestimmten Modemarken und Symbolen spielerisch zu umgehen. In einer Zeit des schnellen Wandels rechtsextremer Symbole, Codes und dem entsprechenden Outfit fällt es Jugendlichen leicht, neue Modemarken etc. mit ihren Inhalten zu besetzen und über diese neue Dominanzverhältnisse herzustellen. Hausordnungen als Sanktionsmittel sind nur dann sinnvoll, wenn sie als eine Maßnahme begriffen werden, der sich regelmäßige Reflexionen über die

Situation in der Einrichtung und Diskussionen und Vereinbarungen von weiteren Handlungsweisen im Team der JugendarbeiterInnen anschließen. Über Hausordnungen hinaus sollte das Team willens sein, sich auf der Grundlage eines eigenen antirassistischen Standpunktes mit den rechtsextremen Gedankenwelten der ideologisch ungefestigten Jugendlichen in der Einrichtung auseinanderzusetzen und dabei Konfrontationen nicht zu scheuen.

Die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen wiederum kann jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn in der Einrichtung MitläuferInnen von rechtsextremen Kaderpersönlichkeiten getrennt werden. Dieser Strategie liegt die Annahme zugrunde, dass rechtsextreme Kader meistens Führungspositionen in der Gruppe innehaben und damit ihr Einfluss auf die Gruppe immer größer sein wird als der von PädagogInnen. Außerdem ist davon auszugehen, dass geschulte rechtsextreme Kader in Diskussionen z. B. mit PädagogInnen nicht mehr offen, sondern immer strategisch agieren – eine pädagogische Arbeit mit ihnen ist also nicht mehr möglich.

Konkret erreicht werden kann dies, indem Kadern der Zugang zu einer Jugendeinrichtung unmöglich gemacht oder zumindest erheblich erschwert wird, z. B. durch Gästelisten bei Veranstaltungen, eine wie oben verfasste Hausordnung oder zeitweiliges Herabsetzen von Altersgrenzen, um ideologisch noch ungefestigte Jugendliche nicht länger dem Einfluss älterer rechtsextremer Kaderpersönlichkeiten ausgesetzt zu lassen.

Muster-Benutzungsordnung für Jugendzentren

Das Jugendzentrum ist unter Trägerschaft XXXXX.

Das Jugendzentrum steht Kindern und Jugendlichen vom XXXten bis zum vollendeten XXXsten Lebensjahr offen.

Die Regelöffnungszeiten sind XXX. Abweichungen hiervon werden durch Aushang bekannt gegeben.

Im Jugendzentrum und auf dem Gelände besteht Alkohol- und Betäubungsmittelverbot. Dies gilt sowohl für den Konsum als auch für den Besitz. Gleiches gilt für den Besitz von Waffen.

In der Einrichtung ist es untersagt, in Wort und Schrift die Freiheit und Würde des Menschen (Art. 1 GG) verächtlich zu machen, Kennzeichen und Symbole zu verwenden oder zu verbreiten, die im Geist verfassungsfeindlicher oder verfassungswidriger Organisationen stehen oder diese repräsentieren. Das Verwenden von Kennzeichen, Symbolen und Größerweisungen verbotener Organisationen, Aufstachelung zum Rassenhass und Volksverhetzung stellen Straftaten dar. Dies gilt auch bei der Nutzung der PCs der Einrichtung, insbesondere bei der Internetnutzung. Es ist untersagt, Inhalte im oben angegebenen Sinne abzurufen oder zu verbreiten.

Gewalttätigkeiten sind untersagt.

Das Jugendschutzgesetz (JuSchG) und der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) sind Bestandteil der Hausordnung.

Die Brandschutzbestimmungen sind Bestandteil der Hausordnung.

Den Weisungen der Mitarbeiter und Bevollmächtigten des Trägers ist Folge zu leisten.

ggf. weitere Regelungen

Sanktionen:

Bei Verstoß gegen diese Benutzungsordnung kann die Einrichtung ein zeitlich befristetes Hausverbot aussprechen. Die Befristung beträgt vorerst 6 Monate. Eine Abkürzung der Frist ist auf begründeten Antrag möglich.

Hausordnung eines Jugendclubs in Sachsen

Grundsätzliches:

Der Jugendclub ist ein offenes Angebot für alle interessierten Jugendlichen. Niemandem wird aufgrund von Nationalität, Herkunft, Sprache, Hautfarbe, Alter, Geschlecht oder politischer Gesinnung, solange nicht offen in Form von Schrift, Wort, Bild oder Musik die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder Richtung zum Ausdruck gebracht wird, der Zugang zum Jugendclub verwehrt.

1. Allgemeine Verhaltensregeln:

Um eine angenehme Atmosphäre in den Örtlichkeiten des Jugendclubs zu schaffen, ist die Einhaltung grundlegender Verhaltensregeln unbedingt erforderlich.

1.1. Pflichten aller Besucher des Jugendclubs

Jeder Besucher verpflichtet sich beim Betreten des Jugendclubs, die Würde des anderen zu achten. Es ist daher strengstens untersagt, ob alleine oder in der Gruppe, jemanden in seinen Aktivitäten und Unternehmungen zu stören, zu beleidigen, zu bedrohen, physisch oder psychisch zu bedrängen oder gar zu terrorisieren bzw. diskriminieren.

1.2. Verhalten beim Verlassen bzw. Betreten des Jugendclubs

Da der Jugendclub inmitten eines Wohngebiets liegt, müssen alle Besucher darauf achten, Ruhestörungen zu vermeiden. Gespräche außerhalb des Jugendclubs haben in angemessener Lautstärke stattzufinden, und keinesfalls darf laut geschrien werden. Besucher, die den Jugendclub mit einem motorisierten Fahrzeug besuchen, haben darauf zu achten, dass lautes Aufheulen des Motors, Durchdrehen der Reifen oder Aufdrehen der Lautsprecher im Fahrzeug unterlassen wird. Autofahrer haben ihr Fahrzeug auf dem Parkplatz zwischen dem Jugendclub und der durch F. durchführenden Hauptverkehrsstraße abzustellen. Fahrer motorisierter Zweiräder dürfen diese auf den Gehwegen des Clubgeländes unter oben genannter Vermeidung unnötiger Lärmbelastung abstellen. Es ist darauf zu achten, dass die Grünanlagen dabei nicht beschädigt werden. Spätestens 15 Minuten nach Schließung des Jugendclubs haben alle Besucher das Gelände sowie den Parkplatz vor dem Jugendclub zu verlassen.

1.3. Aufgaben der Betreuer

Die Betreuer, welchen das Hausrecht obliegt, achten darauf, dass die unter 1.1. und 1.2. genannten Regeln eingehalten werden. Wer unablässig mit seinem Verhalten für andere eine Gefahr darstellt, wird aufgefordert, den Jugendclub sofort zu verlassen und kann gegebenenfalls mit einem Hausverbot auf unbestimmte Zeit belegt werden. Des Weiteren kann eine Strafanzeige nicht ausgeschlossen werden. Sollten unter Strafe stehende Symbole oder Parolen in Form von Wort, Bild, Schrift oder Musik in den Örtlichkeiten des Jugendclubs zum Ausdruck gebracht werden, wird ohne Vorwarnung sofort Strafanzeige erstattet und Hausverbot auf unbestimmte Zeit erteilt. Eine Übersicht strafbarer Ausdrucksformen wird gegebenenfalls im Jugendclub ausgehängt und ständig aktualisiert. Dieses Verbot bezieht sich auch auf dezidiert unpolitische Materialien, sofern diese jugendgefährdenden oder gar verbotenen Inhalt besitzen. Auch hier muss mit einem Strafantrag gerechnet werden. Unberührt bleibt selbstverständlich das oben genannte Verbot, offen für eine politische Partei bzw. Richtung zu werben, auch wenn die Verwendung der entsprechenden Symbole und Parolen keine strafbare Handlung nach dem Strafgesetzbuch darstellt. Alle Besucher haben den Anweisungen der Betreuer Folge zu leisten. Wer den Anweisungen nicht Folge leistet, muss mit hausrechtlichen und evtl. strafrechtlichen Konsequenzen rechnen.

1.4. Öffnungszeiten

Die Öffnungszeiten des Jugendclubs werden per Aushang oder durch öffentliche Mitteilung bekannt gegeben und können sich situationsbedingt, beispielsweise aufgrund der Jahreszeit, ändern. Die Besucher dürfen maximal 15 Minuten vor Öffnung des Jugendclubs das Clubgelände betreten und müssen dieses 15 Minuten nach Schließung wieder verlassen haben.

1.5. Zugangsweg zum Jugendclub

Der Zugang zum Jugendclub ist für alle Besucher ausschließlich über den Parkplatz zwischen dem Jugendclubgelände und der durch F. führenden Hauptverkehrsstraße erlaubt. Die Fahrräder sind in den dafür vorgesehenen Fahrradständern abzustellen. Sollten alle Abstellmöglichkeiten innerhalb der Fahrradständer belegt sein, so ist das Fahrrad auf den Gehwegen und nicht auf den Grünanlagen abzustellen. Wer über

den Zaun kletternd den Jugendclub betritt und dabei erwischt wird, muss mit hausrechtlichen Konsequenzen rechnen.

2. Genussmittel und unter das Betäubungsmittelgesetz fallende Stoffe

2.1. Stoffe, die unter das Betäubungsmittelgesetz fallen

Der Handel, Besitz und Konsum von Stoffen, die unter das Betäubungsmittelgesetz (z. B. Cannabis, Extasy, Speed ...) fallen, ist in den Örtlichkeiten des Jugendclubs untersagt. Wer dagegen verstößt, wird umgehend des Hauses verwiesen und mit einem Hausverbot auf unbestimmte Zeit belegt. Des Weiteren muss mit einem Strafantrag gerechnet werden. Besuchern, die bereits unter Einfluss solcher Stoffe stehen, wird der Zugang zum Jugendclub verwehrt. Bei Zuwiderhandlung muss mit einer Strafanzeige gerechnet werden.

2.2. Rauchen

Das Rauchen in der Öffentlichkeit (also auch in den Örtlichkeiten des Jugendclubs) ist für Jugendliche unter 16 Jahren nicht gestattet. Für Jugendliche ab dem vollendeten 16. Lebensjahr ist das Rauchen außerhalb der Räume des Jugendclubs auf dem Freigelände erlaubt. Die Zigarettenreste sind in den dafür vorgesehenen Behältern zu entsorgen. Das Rauchen in den Räumen des Jugendclubs ist ausnahmslos unabhängig von Alter oder Stellung untersagt.

2.3. Alkohol

Der Konsum von Alkohol ist im Bereich des Jugendclubs ausnahmslos untersagt. Dies gilt auch für so genannte Mixgetränke. Ebenso ist es untersagt, alkoholische Getränke in jeder Form in die Räume des Jugendclubs bzw. auf das Gelände mitzubringen. Offensichtlich alkoholisierten Jugendlichen wird der Zugang zum Jugendclub verwehrt. Wer sich der Aufforderung widersetzt, muss außerdem mit einem Strafantrag rechnen.

3. Umgang mit Räumlichkeiten und Einrichtungsgegenständen

3.1. Allgemein

Aufgrund knapper Finanzmittel hat jeder Besucher Räumlichkeiten und Gegenstände pfleglich zu behandeln. Verschmutzungen oder Beschädigungen sind dem Betreuungspersonal umgehend zu melden. Der Verursacher sorgt auch für die umgehende Reinigung bzw. Reparatur. Bei vorsätzlich herbeigeführten Beschädigungen oder Verschmutzungen muss der Verursacher mit einem Hausverbot und gegebenenfalls einem Strafantrag rechnen.

3.2. Ausleihe von Spielen

Selbstverständlich können von allen Besuchern Spiel- und Sportgeräte bei Hinterlegung eines Pfandes ausgeliehen werden. Der Betreuer kontrolliert bei Rückgabe die Geräte auf Unversehrtheit und Vollständigkeit. Sollten sie nicht in einwandfreiem Zustand oder unvollständig zurückgegeben werden, haftet der Nutzer für den entstandenen Schaden.

3.2.1. Verbot von Glücksspielen

Es ist strengstens verboten und wird ohne Vorwarnung zur Anzeige gebracht, wenn Glücksspiele innerhalb des Jugendclubs betrieben werden (beispielsweise Kartenspiele). Dieses Verbot gesetzswidriger Spiele betrifft auch Spielgeräte, die selbst in die Einrichtung mitgebracht werden.

3.3 Benutzung elektronischer Medien

Die Jugendlichen haben alle elektronischen Geräte nur unter Aufsicht eines Betreuers zu bedienen. Elektronische Bildschirmgeräte können auf Anfrage auch dazu genutzt werden, selbst mitgebrachte Spielgeräte wie Konsolen anzuschließen und zu nutzen. Es muss allerdings gewährleistet sein, dass bei der Nutzung der Spiele die jeweiligen Altersgrenzen eingehalten werden und keine gewaltverherrlichenden, politisch-extremistischen oder sexistisch-pornografischen Inhalte vorliegen.

3.3.1. Nutzung des Mediums Internet

Der kompetente Umgang mit dem Medium Internet ist heutzutage unerlässlich, deshalb wird auch im Jugendclub die Möglichkeit eines preisgünstigen Internetzugangs für alle Jugendlichen geschaffen. Hierbei gilt es allerdings einiges zu beachten:

- Während einer Internetsitzung ist es verboten, am Computer zu essen oder zu trinken.
- Es ist untersagt, Seiten mit gewaltverherrlichenden, politisch-extremistischen und sexistisch-pornografischen Inhalten aufzurufen. Liegt im Rahmen eines solchen Besuchs einer Internetseite ein Straftatbestand vor, wird dieser sofort zur Anzeige gebracht (beispielsweise Seiten mit Kinderpornografie, Aufruf zur Gewalt oder Fremdenfeindlichkeit).
- Es darf nur das Internet benutzt werden, wenn vorher ein Pfand beim Betreuer hinterlegt wurde.
- Bei großem Andrang wird die persönliche Nutzungszeit jedes Einzelnen begrenzt.
- Es ist verboten, Angebote mit teuren bzw. kostenintensiven Inhalten zu nutzen (z. B. das Herunterladen von Handyklingeltönen über 0190-Nummern).
- Die Benutzung des Internets ist kostenpflichtig, jedoch beläuft sich die Gebühr in einem niedrigen, mit kommerziellen Internetcafés nicht vergleichbaren Rahmen. Schließlich soll diese

Gebühr der Kostendeckung und nicht der ökonomischen Gewinnmaximierung dienen. Die Gebührenordnung wird zu gegebener Zeit ausgehängt.

3.4. Benutzung von Toiletten

Bei Benutzung der Toiletten ist darauf zu achten, dass diese in sauberem Zustand verlassen werden. Bei aller Hygiene ist es aber nicht notwendig, das Wasser in den Toiletten lange laufen zu lassen, denn hierfür anstehende Kosten gehen letzten Endes zu Lasten des Jugendclubs.

3.5. Aufenthalt in der Küche

Der Aufenthalt in der Küche ist aus Sicherheitsgründen nur in Anwesenheit eines Betreuers erlaubt. Zuwiderhandlungen können mit entsprechenden hausrechtlichen Konsequenzen sanktioniert werden.

3.6. Aufenthalt im Büroraum

Der Aufenthalt im Büroraum ist aus verschiedenen, hier nicht einzeln aufgeführten, Gründen nicht erlaubt.

3.7. Aufenthalt auf dem Dach

Aus baurechtlichen und Sicherheitsgründen ist es strengstens verboten, auf das Dach zu klettern. Wer dabei erwischt wird, muss mit hausrechtlichen Konsequenzen rechnen

4. Hausverbot:

Das Hausverbot dient als Mittel, eine potenzielle Gefährdung einer angenehmen Atmosphäre für alle Besucher auszuschließen. Jedem muss klar sein: Wer Hausverbot erteilt bekommt und sich nicht daran hält, muss mit sehr großer Wahrscheinlichkeit damit rechnen, mit dem Auge des Gesetzes in Konflikt zu geraten. Dies gilt auch für nicht-strafmündige Jugendliche. Allein die Anfahrt der Polizei zu den Räumlichkeiten kostet den Jugendlichen bzw. dessen Eltern weit über 100 Euro. Davon unberührt sind strafrechtliche Konsequenzen im Falle strafmündiger Jugendlicher. Zeigt ein jugendlicher Reue und erweckt den Eindruck, aus seinem Fehlverhalten gelernt zu haben, wird ihm nach einer gewissen Zeit selbstverständlich wieder Zutritt zum Jugendclub gewährt. Jedoch gibt es auch Verfehlungen, die so schwer wiegen, dass auch ein dauerhaftes Hausverbot in Erwägung gezogen werden muss. Hausverbot erteilt zu bekommen heißt in letzter Konsequenz also nicht, automatisch nie mehr Zugang zum Jugendclub zu erhalten.

5. Änderungs- und Vollständigkeitsvorbehalt

Die vorliegende Fassung der Hausordnung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit oder Unabänderlichkeit. Sie kann jederzeit geändert oder ergänzt werden. Nach Auffassung der Jugendclubleitung sanktionswürdige Vergehen oder Verhaltensweisen können geahndet werden, auch wenn sie in der jeweils aktuellen Fassung nicht explizit aufgeführt sind.

Checkliste für Bündnisgründungen¹ Was sind Bündnisse?

Von Timm Köhler

Bündnisse sind themen- und zielorientierte Zusammenschlüsse über einzelne Initiativen oder gesellschaftliche Gruppen hinaus. Sie können zeitlich unterschiedlich befristet sein und verschiedene Formen annehmen. Beispiele:

- Protest gegen rechtsextreme Aufmärsche, d. h. einmalige Ereignisse

Nazis wollen marschieren, in unserem Wohngebiet. Oft genug, um sehr verschiedene gesellschaftliche Gruppen anzusprechen. Bündnisse gegen rechtsextreme Einzelaktivitäten können daher weitaus breiter und heterogener sein als langfristige Aktionsformen. Auch das Nebeneinander verschiedener Aufrufe – von der Antifa über den/die Bürgermeister/in bis hin zur Kirche – ist möglich. Aktionsformen jenseits des Protestes gegen rechtsextreme Aufmärsche: Wiederkehrende Jahrestage, Festivals und Camps.

- Kampagnen und mittelfristige Aktionen gegen rechtsextreme Infrastruktur

Kampagnen eignen sich gut, anhand eines konkreten Ziels („Weg mit dem Café Germania!“) Aktivitäten verschiedener Initiativen, Gruppen und Akteure zu bündeln. Dies setzt jedoch eine klare und abgestimmte Strategie und eine gemeinsame Sprache in der Öffentlichkeit voraus. In diesem Sinne erfolgreiche Kampagnen können langfristig lokale öffentliche Diskurse beeinflussen und Ausgangspunkt für stabile und ausstrahlungsstarke Initiativen sein.

- Information, Austausch und Diskussion zu Rechtsextremismus und demokratischen Gegenstrategien
Nicht alle „Bündnisse“ sind für gemeinsame Aktionen geeignet. Das muss kein Defizit sein, solange Klarheit darüber besteht. Bündnisse oder Netzwerke, in denen sehr verschiedene Akteure vertreten sind und die sich vor allem des Informationsaustauschs und der Diskussion widmen, sind zum einen praktisch – z. B. um Informationen effizient „unter die Leute zu bringen“. Darüber hinaus können Austauschbündnisse auch Orte der Meinungsbildung zu Rechtsextremismus sein oder – im Fall von „Bürgermeister-Bündnissen“ – politische Diskussionen der kommunalpolitischen Ebene weiter in den gesellschaftlichen Raum verlagern.

Prozess vor Bündnisgründung

Situationsanalyse und Zielbestimmung in der eigenen Gruppe bzw. Initiativgruppe

Voraussetzung für eine erfolgreiche Bündnisvorbereitung ist eine gemeinsame Sicht der Situation und eine klare Bestimmung des eigenen Ziels der Gruppe. Beide Aspekte hängen eng miteinander zusammen: Aus der Beschreibung der Lage vor Ort (z. B. Tätergruppen, Betroffene, Verhalten der Gesellschaft, lokale Brennpunkte, dominante rechtsextreme oder gesellschaftliche Themen) lässt sich am ehesten ein klares, präzises und problemorientiertes Ziel destillieren. Ziele können beispielsweise sein: Unterstützung von Betroffenen rechtsextremer Gewalt, Beeinflussung der Lagebeschreibung zu Rechtsextremismus in der Kommune, Schließung einer rechtsextremen Kneipe. Ein klares Ziel kann eine Verzettelung in Diskussionen und Aktivitäten verhindern und die eigene Arbeit effizienter gestalten. Letztlich ist ein transparentes und greifbares Ziel ausschlaggebend für die Motivation der AkteurInnen.

Bestimmung der Bündnisformen

- Wie klein und wendig soll das Bündnis sein? Oder: Wie groß und repräsentativ?

Im oberen Abschnitt wurde bereits die Vielfalt von Bündnisformen illustriert. Eine jede hat ihre Vor- und Nachteile. Große Runden wie z. B. runde Tische mögen durch eine hohe Repräsentanz der lokalen Gesellschaft glänzen, beweisen jedoch zumeist eine zu geringe Brauchbarkeit als Arbeitsgremium gegen Rechtsextremismus. Im Fall von Aktionsbündnissen steht die Koordination von Aktivitäten im Mittelpunkt, strittige Fragen oder detaillierte Planungen können in Arbeitsgruppen delegiert werden.

Kleinere bzw. homogenere Gremien ermöglichen eine höhere Effizienz der Zusammenarbeit und Vereinbarung von klaren politischen Positionen. Solche Bündnisse können oft flexibler und pointierter auf Problemsituationen reagieren, entfalten jedoch mitunter weniger Breitenwirkung in der Gesellschaft.

Vorbereitung

- Auswahl von BündnispartnerInnen: Auf wen können wir uns verlassen?

Die Erfahrung zeigt, dass für den erfolgreichen Start eines aktionsorientierten Bündnisses bzw. einer Arbeits-

gruppe verlässliche KooperationspartnerInnen wichtig sind. Verlässlich heißt, dass ein klares Interesse am Engagement und eine ähnliche Problemsicht bestehen und die realen Ressourcen der PartnerInnen bekannt sind. Gemeinsam kann so ein Klima von Konstruktivität und Handlungsorientierung erzeugt werden, das sich im besten Fall auf andere überträgt.

- Wer ist Teil des Problems, wer Teil der Lösung?

Ausgehend von der Situationsbeschreibung können die einzelnen Standpunkte von Personen oder Gruppen zum Thema des Bündnisses bestimmt werden. Akteure, die eher zur Zielgruppe der Bündnisarbeit zählen, sind weniger als TeilnehmerInnen des Bündnisses geeignet.

- Wer hilft uns am wirkungsvollsten bei der Verwirklichung unserer Ziele? An welchen Akteuren kommen wir nicht vorbei?

Eine Kommune ist zumeist überschaubar, einzelne Personen oder Gruppen können hier größere Wirkung entfalten und sind oft einfach zu kontaktieren. Ihr Einfluss (z. B. innerhalb der Bezirks- und Parteipolitik) und Mobilisierungspotenzial kann für die Bündnisarbeit nutzbar gemacht werden. Wichtig ist jedoch, dass die Ziele des Bündnisses mit den Interessen dieser kommunalen „key players“ nicht kollidieren sollten. Welche Aktionsformen sind bekannt oder werden diskutiert? Durch wen werden diese befürwortet?

Gegen Rechtsextremismus Engagierte haben oft unterschiedliche Hintergründe – Kirche, Parteien, Antifa, Schule, Wirtschaft oder zivilgesellschaftliche Organisationen. Diese Unterschiedlichkeit ist gleichzeitig der Reichtum der Initiativen. Dennoch sollten diese Unterschiede in der Praxis berücksichtigt werden. Soll das Gremium längerfristig gemeinsam arbeiten und eigene Aktivitäten entfalten, sollte es eine Verständigung über gemeinsame Aktionsformen geben.

Einberufung des Bündnisses

Oft entscheidet die erste Zusammenkunft eines werdenden Bündnisses über Themen und Zielrichtung, Kommunikationskultur, Einfluss von Akteuren und nicht zuletzt über die Motivation der Eingeladenen, im Bündnis aktiv zu werden. Deshalb sind im Vorfeld einige Fragen zu klären:

- Was ist der Anlass für die Einladung?

Wie im Vorfeld geklärt wurde, wird mit der Gründung eines Bündnisses ein konkretes Ziel (z. B. Unterstützung von Betroffenen rechtsextremer Gewalt) verfolgt. Die Aktualität des Problems vor Ort sollte in der Einladung illustriert und unterstrichen werden, z. B. durch eine Darstellung/Auflistung von Übergriffen und ggf. durch eine zugespitzte Fragestellung.

- Wer lädt ein? Wer kommt deshalb möglicherweise nicht? Wer moderiert?

Einer Einladung durch eine Antifa-Gruppe wird ein an-

Engagement

Bündnisgründungen

deres Spektrum nachkommen als der des Bürgermeisters. Die Einladung durch eine bekannte Einzelperson kann hier u. U. verbindlicher und offener wirken als die einer bislang unbekannt oder sich politisch eindeutig positionierenden Gruppe.

Moderieren sollte eine diesbezüglich kompetente Person mit möglichst hoher Anerkennung unter den InitiatorInnen und Eingeladenen. Ziel der Moderation ist es, eine gleichberechtigte Teilnahme zu gewährleisten, abweichende Diskussionsstränge auf das Ziel zurückzuführen und abschließend Arbeitsergebnisse und Verabredungen zusammenzufassen.

- Wie offen, wie straff sollte die Agenda sein?

Zielausrichtung, Effizienz der ersten Veranstaltung und Freiraum für die potenziellen BündnispartnerInnen können miteinander vereinbart werden. Die Zielformulierung der einladenden Initiative kann als Einstieg in eine Diskussion genutzt werden, sollte jedoch als Vorschlag oder Frage kenntlich gemacht werden. Die Vorstellung der Eingeladenen kann mit der Frage verbunden werden, was sie ggf. selbst als Ziel des Bündnisses sehen und, vor allem, was sie dafür tun können.

- Name des Bündnisses: „Für...“ oder „Gegen...“?
Es existieren verschiedene Auffassungen zum symbolischen Gehalt von Bündnisnamen und ihrer Wirkung im kommunalen Nahraum.² Auch wenn Ausnahmen die Regel bestätigen, steht die Wahl des Bündnisnamens oft in Zusammenhang mit der politischen Kultur. Ein „Bündnis gegen Rechts“ signalisiert eine stärkere Problemorientierung. Doch die zu erwartende konfrontative Haltung („gegen“) der Teilnehmenden kann u. U. weniger Entschlossene abschrecken. Ein „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ hingegen präsentiert sich zunächst offener und lässt mehr Freiraum, der von Akteuren politisch unterschiedlich ausgefüllt werden kann. Diese Unterschiedlichkeit muss dann jedoch in der konkreten Bündnisarbeit aufgefangen werden.

Wie kann Kontinuität erreicht werden?

- Zum Punkt kommen: Beschlüsse

Um für alle das Signal von Verbindlichkeit zu geben und den Worten Taten folgen zu lassen, sollten konkrete Verabredungen getroffen werden, wer an welchen Aufgaben bis wann arbeitet bzw. zu welchen Themenbereichen das nächste Treffen stattfinden soll. Eine Teilnahmeliste für alle, ein knappes Beschlussprotokoll tun hier ihren Zweck.

- Kommunikation, technisch

Oft kann ein E-Mail-Verteiler informelle und kostengünstige Kommunikation zwischen den Treffen erleichtern, vorausgesetzt dass Teilnehmende ohne Internetzugang nicht aus dem Kommunikationsfluss herausfallen. In letzterem Fall können logistische Möglichkeiten professioneller Partner/innen genutzt

werden, z. B. Postverschickung von Einladungen durch Träger, Netzwerkstellen etc.

- Kommunikation ist Beteiligung

Die Unterschiedlichkeit der BündnispartnerInnen in Engagement, Erfahrungen und Kommunikationsstil sind ein komplexes Feld, das im Sinne erfolgreicher Bündnisarbeit bewusst gestaltet werden sollte. Auch wenn kein Schema vorgeben werden kann, sollen hier einige Hürden beschrieben sein:

In den meisten Gruppen finden sich so genannte „Motoren“, d. h. AkteurInnen mit größerer Erfahrung und Engagementbereitschaft. Sie können Energien und Ideen in die Gruppe bringen, integrativ wirken und nach außen als AnsprechpartnerInnen wahrgenommen werden. Auf der anderen Seite kann der Ausfall solcher Akteur/innen sowie ihre Dominanz die Arbeit des Bündnisses beeinträchtigen. Um die positiven Wirkungen zu nutzen, sollten diese bewusst eingesetzt und anerkannt werden. Durch Absprachen über die Richtung und Umfang des Engagements kann „Aktivist/innen“ nötiger Raum und Richtung gegeben werden. Durch vereinbarte Kooperation mit anderen Bündnisteilnehmenden können Erfahrungen und Wissen geteilt werden. „Flaschenhälse“ und Informationsmonopole, d. h. die ausschließliche Wahrnehmung von Einzelnen (von außen wie von innen) als Ansprechpersonen sollten jedoch vermieden werden, indem bewusst verschiedene Bündnisteilnehmende nach außen auftreten. Aufgaben innerhalb der Gruppe (z. B. Vorbereitung der Bündnistreffen) können rotieren.

Ein wichtiges Feld ist die Motivierung und aktive Einbeziehung von zunächst weniger Engagierten. Ihre Erwartungen und Rahmenbedingungen (z. B. Kinder, die die Teilnahme an Abendveranstaltungen begrenzen) sollten berücksichtigt werden. Auch kleinere Beiträge zur Bündnisarbeit sind vor diesem Hintergrund oft schon große Schritte für die Einzelnen. Durch die Planung von Aktivitäten kann gemeinsam eine Grobstruktur und Freiraum für kleinere Beiträge geschaffen werden.

- Motivierung und Identifikation

Ein fester Termin und Ort kann die Koordination in einer stark fluktuierenden Gruppe erleichtern. Andererseits können wechselnde Orte dynamisierend wirken. Wenn unterschiedliche Teilnehmende als GastgeberInnen auftreten, wächst ihre Identifikation mit der Gruppe. Die meisten Bündnisteilnehmenden engagieren sich ehrenamtlich. Bündnisarbeit sollte daher nicht zu einem zweiten „Job“ werden, d. h. arbeitsreich, formell und trocken. Persönliche Bereicherung ist gewollt und kann durch Spaß und „socializing“ (informelle Teile der Treffen), durch inhaltliche Entdeckungen und Erkenntnisse (inhaltliche Diskussionen) sowie durch Selbstbestätigung nach gemeinsamen Erfolgen (Aktionen) erzielt werden. Eine angenehme Gestaltung der Umgebung, Raum für informellen Austausch, kleine Rituale, Einladung von Gästen bzw. ReferentInnen, ausreichend Platz für inhaltlichen Austausch und punktuelle Überschneidungen der Bündnisarbeit mit kulturellen Veranstaltungen sollten diesbezüglich nicht unterschätzt werden.

Klar ist jedoch, dass das gemeinsame Ziel Hauptmotivation für die meisten ist und nicht aus den Augen verloren werden darf. Auf diesem Weg sind kleine Schritte und kleine Erfolge sowie eine möglichst effiziente Arbeit Erfolgsfaktoren.

¹ Siehe auch MBT Brandenburg (1999): Merkblatt Lokale Bündnisse gegen Rechts.

² Vgl. auch Strobl, Rainer/Würtz, Stefanie/ Klemm, Jana (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Juventa Weinheim München

Von der Privatperson zum politischen Akteur – Zehn Schritte in die demokratische Zivilgesellschaft

Von Lorenz Korgel

Für Personen und Personenzusammenschlüsse

1. Sprechen Sie jemanden an.

Die meisten Maßnahmen gegen Rechtsextremismus scheitern, bevor sie begonnen haben: Niemand wagt, über das Problem zu sprechen. Häufig werden Vorfälle mit rechtsextremen Hintergründen bagatellisiert, und Menschen, die etwas dagegen unternehmen wollen, gelten als „Nestbeschmutzer“. Vielen Menschen ist es bereits so ergangen. Auf Ihre Wahrnehmung und Einschätzung kommt es an. Es gibt Menschen, die Sie unterstützen. Das Mobile Beratungsteam in ihrer Nähe kennt die Situation, in der Sie stecken. Diskret und behutsam werden die Beraterinnen und Berater mit Ihnen die weiteren Schritte besprechen.

2. Verbünden Sie sich.

Auch wenn es zuerst nicht so aussieht: Einige Bürgerinnen und Bürger schätzen die Situation genauso ein wie Sie. Allerdings ist es schwer, sie aufzuspüren. Das MBT hilft Ihnen, diese Leute zu finden. Schmieden Sie Koalitionen und Bündnisse. Aber Vorsicht! Besonders am Anfang ist die Handlungsfähigkeit von Personenzusammenschlüssen besonders wichtig. Kleine Bündnisse und Gruppen mit hohem inhaltlichen Konsens sind zweckdienlicher als große Bündnisse mit lähmenden Diskussionsprozessen.

3. Unterstützen Sie die Opfer.

Opfer rechtsextremer Gewalt fühlen sich häufig allein gelassen und isoliert. Sie brauchen Ihre Solidarität. Den passenden Zeitpunkt und die passende Form kennen die Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt in Ihrer Nähe.

4. Lassen Sie sich nichts erzählen!

Gewalt ist nicht gleich Gewalt. Die Anerkennung der rechtsextremen Problematik ist bedeutend. Rechtsextremismus ist ein Ausdruck für Menschenverachtung. Diese ist in keinem Fall zu verharmlosen oder zu akzeptieren. Rechtsextremismus muss nicht in Form von Gewalt auftreten. Wenn doch, betonen Sie, dass sich rechtsextreme Gewalt z. B. von häuslicher, sexueller und linker Gewalt unterscheidet.

5. Glauben Sie nicht den Wunderheilern!

Skepsis ist angebracht, sobald Ihnen jemand eine einzige Methode als Lösung des Problems anbietet.

Trainingskurse und interkulturelle Feste sind z. B. immer nur ein Baustein in einer Reihe notwendiger Maßnahmen. Niemand wird Ihnen das Problem Rechtsextremismus wegzaubern. Es ist sogar wahrscheinlich, dass sich Rassismus und Antisemitismus niemals vollständig beseitigen lassen. Setzen Sie sich stattdessen für ein politisches Klima ein, in der rechtsextreme Ideologien keine Chance auf Verbreitung haben.

6. Machen Sie sich schlau.

Nur wer die Situation vor Ort wirklich kennt, kann passende Maßnahmen gegen Rechtsextremismus entwickeln. Erstellen Sie sich ein Bild der Lage. Polizei und Verfassungsschutz können das kriminelle und verfassungsfeindliche Potenzial der rechtsextremen Szene einschätzen. Die Opferberatungsstellen kennen die realen Dimensionen rechtsextremer Gewalt und wissen über die Angsträume im kommunalen Raum sehr gut Bescheid. Die Mobile Beratung kann Ihnen Informationen zur sozio-kulturellen Einbettung des Rechtsextremismus geben und hilft Ihnen bei der Erstellung des Lagebildes. Der Griff zur Foto-Kamera und das Erfassen von rechtsextremen Schmierereien, Treffpunkten und Tatorten ist häufig der Beginn eines ersten Projektes.

7. Entwickeln Sie Aktionen.

Arbeiten Sie mit dem, was Sie haben, und fangen Sie niedrigschwellig an. Besonders wichtig sind konkrete Ziele und die Aussicht auf „Erfolge“. Broschüren und Ausstellungen lassen sich z. B. relativ leicht erstellen und finanzieren. Die Lagebilder können dafür die Grundlage sein. Ansonsten sind den Ideen keine Grenzen gesetzt. Vor jeder Projektumsetzung sollte aber die Kommunikation und Transparenz stehen, um nachteilige Effekte auf andere Projekte und Maßnahmen zu verhindern. Vor der Projektplanung sind Grundvereinbarungen sinnvoll: Das Projekt sollte politisch für Menschenrechte werben, es sollte auf die Probleme vor Ort angepasst sein und es sollte der Idee der Partizipation möglichst viel Raum geben. Das MBT kann Ihnen bei Bedarf einen Überblick über gute Projekte geben.

8. Suchen Sie die Öffentlichkeit.

Sprechen Sie über den Rechtsextremismus in ihrer Kommune und über ihr Projekt. Mit Ihren Lagebildern, Ausstellungen und Broschüren können Sie Öffentlichkeit herzustellen. Zunächst ist es sinnvoll,

auf Fachkreise (z. B. Präventionsräte oder Jugendring etc.) zuzugehen. Beziehen Sie deren Vorschläge mit ein, sofern dies nicht kontraproduktive Wirkungen auf Ihr Projekt hat. Schalten Sie gegebenenfalls die Presse ein. Dies kann einen Machtgewinn bedeuten, kann aber auch die Brücke zur Kommunikation z. B. mit lokalen Verantwortungsträgern verstellen. Dieser Schritt will also gut überlegt sein.

9. Versuchen Sie sich nachhaltig zu etablieren.

Suchen Sie sich Finanzierungsquellen. Es gibt verschiedene Programme, die Ihre Projektarbeit unterstützen. Allerdings wächst damit auch der bürokratische Aufwand. Meist ist mit diesem Schritt eine Vereinsgründung verbunden. Bei alledem ist ein

niedriger Organisationsaufwand vorteilhaft. Neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter fürchten häufig den hohen Aufwand. Schließlich soll nicht das ganze Projekt zusammenbrechen, wenn Sie den Ort verlassen oder sich etwas anderes überlegen.

10. Haben Sie keine Angst, etwas zum Ende zu bringen.

Viele Bündnisse dümpeln vor sich hin. Nach einigen erfolgreichen Aktionen ist irgendwann die Luft raus. Seien Sie ehrlich zu sich. Gelingt es Ihnen und ihrer Gruppe noch, Ziele zu formulieren? Mit ausbleibendem Erfolg sinkt auch die Motivation. Ein Schlusspunkt zur richtigen Zeit schont die Ressourcen und ermöglicht die Reorganisation in neuen Formen.



Auswahl an empfehlenswerten Materialien und Projektübersichten

Empfehlenswerte Materialien für die antirassistische schulische und außerschulische Bildungsarbeit:

- Miteinander – Erfahrungen mit Betzavta; ein Praxishandbuch auf der Grundlage des Werks „Miteinander“ von Uki-Maroshek-Klarman, Adam Institut, Jerusalem / in der Adaption von Susanne Ulrich, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1997. 3. überarbeitete Auflage 2001. 21 Euro. Bezug: Buchhandel

Training zur „Demokratieerziehung“. Programmbausteine zur demokratischen Regelung von Konflikten unter Berücksichtigung der Perspektive von Minderheiten.

- Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit. DGB Bildungswerk Thüringen e.V. Warsberg Str. 1, 99092 Erfurt
Bestellformular unter www.baustein.dgb-bwt.de (10 Euro)

Der Baustein für die nicht-rassistische Bildungsarbeit bietet Vorschläge und Materialien dafür, wie wir schon in der Seminarvorbereitung eine Bildungsarbeit machen können, die nicht-rassistisch ist und Rassismus kritisch zum Thema macht. Das Material will Hilfestellung dafür leisten, Rassismus nicht zu reproduzieren, sondern zu reflektieren und abzubauen.

Informationen, Arbeits- und Argumentationshilfen für den Unterricht in Schulen und die außerschulische Bildungsarbeit:

- RAA Berlin / Landesinstitut für Schule und Medien Berlin: Standpunkte. Erziehung für Demokratie – gegen Rechtsextremismus. Eine CD-ROM für Berliner Lehrerinnen und Lehrer. 2002. Bezug: RAA Berlin, Chausseestr. 29, 10115 Berlin

Argumente gegen rechtsextreme Weiterklärungen und Parolen:

- Tiedemann, Markus: „In Auschwitz wurde niemand vergast.“ 60 rechtsradikale Lügen und wie man sie widerlegt. Omnibus Verlag 1996. 6 Euro
- Hufer, Klaus-Peter: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, Wochenschau Verlag, 2. Auflage 2001

Aktuelle überregionale Projekt- und Bildungsangebote (Ausstellungen, Projektschultage etc.):

- www.ag-netzwerke.de

Aktuelle Informationen und eine Übersicht über Projekt- und Bildungsangebote in Sachsen:

- www.tolerantes-sachsen.de

Empfehlenswerte Literatur zu Rechtsextremismus

Überblicke:

Stöss, Richard:
Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. 3. überarb. Aufl. Berlin. Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Dialog Ostdeutschland 2000. Bezug: Friedrich-Ebert-Stiftung

Zentrum Demokratische Kultur (Hg.):
Rechtsextremismus heute. Eine Einführung in Denkwelten, Erscheinungsformen und Gegenstrategien. Klett-Verlag 2002.
4,50 Euro. Bezug: Buchhandel oder www.klett-verlag.de

Zentrum Demokratische Kultur (Hg.):
Volksgemeinschaft gegen McWorld.
Rechtsintellektuelle Diskurse zu Globalisierung, Nation und Kultur. Klett-Verlag 2003.
4,50 Euro. Bezug: Buchhandel oder www.klett-verlag.de

Grumke, Thomas / Wagner, Bernd (Hg.):
Handbuch Rechtsradikalismus.
Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Leske + Budrich 2002. 29 Euro. Bezug: Buchhandel

Erschwingliche und gute Informationen zu rechtsextremer Symbolik:

ASP Agentur für soziale Perspektiven e.V. (Hg.):
Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen. Berlin 2002. Kontakt: mail@aspberlin.de ; 4 Euro

Fahr, Margitta-Sybille:
„Was steht an jedem Haus? – Ausländer raus!“
Rechtsextreme Ausdruckformen und Bilderwelten. Ikonografie der Gewalt. Erscheinungsjahr 2001, 2. Auflage 2002. Bezug: MBT Brandenburg (vgl. Adressenverzeichnis)

Vertiefende Literatur zu rechtsextremer Musik, Kleidung und Symbolik:

Archiv der Jugendkulturen (Hrsg.):
Reaktionäre Rebellen.
Rechtsextreme Musik in Deutschland
erschienen: 2001. 24 Euro. Bezug: Buchhandel

Dornbusch, Christian / Raabe Jan (Hg.):
RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. UNRAST Verlag 2002. 24 Euro.
Bezug: Buchhandel

Ausstieg aus rechtsextremen Szenen:

Zentrum Demokratische Kultur (Hg.):
„...dann hab ich mir das Hitlerbärtchen abrasiert.“ Exit – Ausstieg aus der rechtsextremen Szene. Klett-Verlag 2002.
4,50 Euro. Bezug: Buchhandel oder www.klett-verlag.de

Adressen Mobiler Beratungsteams in Ostdeutschland

Brandenburg

Mobiles Beratungsteam
Geschäftsstelle
Friedrich-Engels Str. 1
14473 Potsdam
Tel.: 0331/740 62 46
Fax: 0331/740 62 47
mobiles-beratungsteam@jpberlin.de
www.mobiles-beratungsteam.de

Berlin

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)
Chausseestr. 29, 10115 Berlin,
Tel.: 030/240 45 – 430 (431) (432)
Fax: 030-/24 04 53 19
mbr@zdk-berlin.de
www.mbr-berlin.de

Ostkreuz

Netzwerk gegen Rechts
Stiftung SPI
Schönhauser Allee 73
10437 Berlin
Tel.: 030/41 72 56 28
Fax: 030/41 72 56 30
ostkreuz@stiftung-spi.de
www.stiftung-spi.de/ostkreuz

Mecklenburg Vorpommern

MBT der RAA Mecklenburg Vorpommern
Am Melzer See 1
17192 Waren/Müritz
Tel.: 0399163 59 72
Fax: 0399166 90 95
mbt-mv@raa-mv.de
www.mbt-mv.de

MBT der Evangelischen Akademie

Am Ziegenmarkt 4
18055 Rostock
Tel.: 0381252 24 40
Fax: 0381252 24 59
mbt@ev-akademie.de
www.mbt-mv.de/

Sachsen

Kulturbüro Dresden
Bautzner Str. 41HH
01099 Dresden
Tel.: 0351/804 28 20
Fax: 0351/804 96 71
buero@kulturstadt-dresden.de
www.kulturstadt-dresden.de

Thüringen

MOBIT
Brühl 23
99867 Gotha
Tel.: 03621/22 86 96
Fax: 03621/22 86 98
mail@mobit.org
www.mobit.org

Grundlagen - Analysen - Beispiele

Mobile Beratung

für Demokratieentwicklung

Zwei Mobile Beratungsteams beschreiben in dieser Broschüre ihre Arbeitsweise und ihre Beratungspraxis. Sie machen darin deutlich, dass ein demokratisches und menschenrechtliches Gemeinwesen nicht durch die Verabreichung kleiner Überraschungspakete entsteht. Statt dessen setzen sie auf Prozesse, in denen Menschen bewährte Projekte verstetigen und immer wieder neue Ideen und Maßnahmen entwickeln. Neben Aussagen zu den Grundsätzen der eigenen Arbeit, geben die Teams auch Anregungen für die Projekt- und Netzwerkarbeit und Hinweise auf Arbeitsmaterialien.



MBR Berlin und
MBT Sachsen

Mobile Beratung für Demokratieentwicklung

Grundlagen Analysen Beispiele